Nr. 187 — Halle a. S., Dienstag den 13. August 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.65 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 838. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig, Anzeigen unterm Textstrich die Zeile 75 Pfennig.
Anzeigen für die laufende Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. — Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

## Mene Tekel.

Die Art, wie ein großer Teil der bürgerlichen Presse das entsetzliche, anklagende Unglück auf der Zeche Lothringen behandelt, könnte den Anschein erwecken, die Katastrophe gehöre zum Programm der Jubelfeier in Essen.

Der grauenerregende Massenmord erscheint in der Berichterstattung gewissermaßen nur als Dekoration, als willkommener Anlaß, um Wilhelms II. Leutseligkeit in scharf hervorhebender Beleuchtung erstrahlen zu lassen.

Haben sich die Vorgänge wirklich so abgespielt, wie die Panzerplattenpresse ultramonaner, antisemitischer und brotwuchernder Couleur berichtet, dann müßte man sich wahrhaftig schämen, ein Deutscher zu sein. Der Beweis einer kaum glaublichen, tief beschämenden Verrohung wäre erbracht.

Schon mußte es peinlich berühren, daß man nicht sofort nach dem Bekanntwerden der Massenvernichtung von Arbeitern die Festlichkeit in Essen abbrach. Erst am nächsten Tage, auf Veranlassung Wilhelms II., hörte das Pokulieren, das ausgelassene, demonstrative, reklamenhafte Festfeiern auf. Was dann aber geschehen sein soll, wäre toller, schlimmer als ein noch so lärmendes Weiterfeiern in Essen. Die Zechenverwaltung erfuhr, daß Wilhelm II. dem Schauplatz des fürchterlichen Ereignisses einen Besuch abstatten werde. Darauf arrangierte man — nach den Berichten — angesichts der grausig reichen Ernte des Todes eine Paradeaufstellung. Das B. T. läßt sich z. B. von einem Spezialkorrespondenten melden:

> In den ersten Nachmittagsstunden wird in Gebrie bekannt, daß der Kaiser seinen schon gestern angekündigten Besuch auf der Zeche abstatten wird, und die Menschenmenge vor der Zeche verzehnfacht sich in kurzer Zeit. Aus der ganzen Nachbarschaft strömen Tausende herbei. Das Gendarmerie-Aufgebot wird verstärkt, und vor der Zeche werden zur Unterstützung der Gendarmerie die Mannschaften der Zechenfeuerwehr aufgestellt. Auf dem großen Hof der Zeche gegenüber dem Eingang stellen sich die uniformierten Rettungs- und Sanitätsmannschaften der Grube auf und die Bergarbeiter, die bei dem Unglück ohne schwere Verletzungen davongekommen sind. Alle tragen den Arbeitsanzug, Gesicht und Hände sind mit Ruß bedeckt. Die Abfahrt des Kaisers von der Villa Hügel, die um 1/2 3 Uhr erfolgen sollte, verzögert sich. Erst gegen 4 Uhr kommt die telephonische Meldung nach der Zeche, daß der Kaiser soeben abgefahren sei . . .

Daß man die Rettungs- und Sanitätsmannschaften, rußbedeckt, stundenlang Parade stehen läßt, ist schon ein starkes Stück, kennzeichnet eine Gefühlsstimmung und eine Absicht, die Entsetzen einflößen muß.

Hatten die Rettungs- und Hilfsmannschaften wirklich nichts besseres zu tun, als Staffage zu bilden? Doch die Sache wird noch bedenklicher, noch grausiger, haarsträubender.

Nach dem vorstehend erwähnten Bericht herrschte Totenstille, als der Kaiser das Schlachtfeld der Arbeit betrat. Berichte in dem größten Teil der bürgerlichen Presse lassen Wilhelm II. hier und bei dem nachfolgenden Besuch im Bergmannsheil, wohin man eine Anzahl der Schwerverletzten gebracht hatte, jedoch stürmisch begrüßt worden sein. Auch das B. T. bezeichnet die Begrüßung des Kaisers am Bergmannsheil als „stürmisch" in begeistert, jubelndem Sinne. Stimmt die Darstellung, sollten solche Gefühlsausbrüche möglich gewesen sein, es wäre fürchterlich!

Früher konnte man eine solche Gemütsroheit bei der Bergarbeiterschaft nicht konstatieren. Katastrophen, wie die von Lothringen, versetzten die Bevölkerung in den Zustand stillen Grauens; höchstens Zorn über gleichgültiges Menschenvernichten gab dem Mitgefühl äußeres Leben. Als auf die Kunde von dem Unglück auf Radbod der Kronprinz auf dem Schreckensort erschien, da riefen ihm schmerzverzehrt, zornbebend über kapitalistische Rücksichtslosigkeit und unbeugsamliche Vernachlässigung des Bergarbeiterschutzes, einige Knappen die Forderung nach endlicher Erfüllung ihrer Sicherheitsforderungen entgegen. Das war der Ausdruck eines natürlichen, menschlichen, aus Angst und Sorge um andrer Wohl bestimmtem Gefühls. Und nun sollen Bergknappen, am hoch auf sich türmenden Grabe dahingerafften Arbeitsbrüder in stürmischen Begeisterungsrufen ihren Gefühlen Ausdruck gegeben haben. — — —

Es ist fast zu schrecklich, um wahr sein zu können! Ist's doch wahr, dann nur als Frucht der jüngsten Ereignisse und gilt sicher nur für eine bestimmte Schicht der Bergarbeiter. Seitdem die Christen zum Streikbruch erzogen werden, die Hetze gegen die Sozialdemokraten als oberste Menschen- und Christenpflicht gepredigt wird, die Kultur der minderwertigen Gelben als nationale Tugend gilt und man alle diese Mache unter hurrapatriotischen Zeichen betreibt, macht sich eine Demoralisation bemerkbar, die einzig und allein auch die gekennzeichnete Gefühlsverrohung und unnatürliche, Scham und Grauen auslösende Begeisterung erklären könnte. Und sie wäre ein Menetekel, ein Warnruf, auf der Bahn solcher Erfolge nicht vorwärts zu schreiten.

Vorläufig allerdings glauben wir noch, daß es sich um tendenziöse, die Arbeiterschaft schwer beleidigende, aus Geschäftsspekulationen berechnete, dem Byzantinismus dienende Schwindeleien handelt. Das wäre kein minder bedeutungsvolles Zeichen!

Darf man es wagen, mit solchen Mitteln und zu so durchsichtigen Zwecken Begeisterung für Wilhelm II. theatralisch vorzutäuschen, darf man es wagen, anzunehmen, er werde sich im Bewußtsein solcher Verhimmlung sonnen, dann erkennt man eine Auffassung, einen Byzantinismus, der ohne Zweifel als Zeichen des Verfalls gelten kann.

So oder so: auf jeden Fall lassen die Begleiterscheinungen von Lothringen erkennen, daß die Tage der Herrschaft dieser Gesellschaft gezählt sein müssen.

*

Die Zeche Lothringen und ihre Verwaltung war schon oft der Gegenstand heftiger Kritik, und zwar mit vollem Recht. Nirgends ist die Bedrückung, die Gesinnungsschnüffelei, die Denunziantenzüchterei größer als wie auf Zeche Lothringen. Die Gemeinde Gerthe, in der die Zeche domizilliert, hat ungefähr 10 000 Einwohner. Das ganze Gemeinwesen wird von der Zechenverwaltung beherrscht. Bei Gemeindewahlen müssen die Beamten unter Anführung des Betriebsführers Bims Wahl „machen". Unter Androhung der Brotlosmachung werden die Bergarbeiter aufgefordert, den Kandidaten der Zeche zu wählen. Der Kaplan der katholischen Gemeinde wagte es bei der letzten Wahl gegen den Stachel zu löcken. Er wählte einen polnischen Kaufmann, katholischer Religion. Das sollte für den Kaplan zum Verhängnis werden. Der katholische sowohl wie der evangelische Geistliche der Gemeinde Gerthe bezogen bis dahin von der Zeche Lothringen ein jährliches Geschenk von je 600 Mark. Dem Kaplan, der nicht den Kandidaten der Zeche gewählt hatte, wurde das jährliche Geschenk sofort entzogen. Die Zechenverwaltung, die gegen einen Kaplan so vorgeht, wird die Arbeiter nicht sanft behandeln. Am besten gehaßt sind die Vertrauensleute der Organisation, die Knappschaftsältesten und Sicherheitsmänner. Ein seit neun Jahren auf der Zeche beschäftigter Bergmann erhielt die Kündigung, als er zum Sicherheitsmann gewählt worden war. Als der Sicherheitsmann gleich nach seiner Wahl zum Zwecke der Kontrolle einfahren wollte, wurde ihm dies verweigert. Er erstattete gegen den Betriebsführer Anzeige, und das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 15 Mk.! Bei der Nachwahl für einen Sicherheitsmann, am 13. Dezember 1910, wurde ein junger Bergarbeiter sofort entlassen, weil er sich weigerte, einen Stimmzettel mit dem Namen des Zechenkandidaten anzunehmen. Das Gesetz verpflichtet die Zechenverwaltung weiße, unbeschriebene Stimmzettel zu liefern. Die Wahl wurde damals für ungültig erklärt: begründend bemerkte das Oberbergamt dazu: „daß durch das Verhalten einiger mit der Ausgabe der Wahlzettel an die wahlberechtigten Arbeiter betrauten Beamten der Zeche Lothringen die vom Gesetz verlangte geheime Wahl und das Recht der Wahlberechtigten auf unabhängige und unbeeinflußte Betätigung ihres Wahlrechts in einzelnen Fällen in Frage gestellt worden ist". Das ist sehr gelinde ausgedrückt. — Die Beschwerde an das Oberbergamt in obiger Wahl hatten zwei Mitglieder des Arbeiterausschusses unterzeichnet. Diese beiden Leute sind noch ein Knappschaftsältester wurden im Mai 1911 entlassen. Mehr als einmal haben Sicherheitsmänner bei den Revisionen Wetter feststellt und auch in das Fahrbuch eingetragen.

Als die Explosion am 8. August sich ereignet hatte, konnte man überall von den Bergarbeitern hören: „Es ist ein Wunder, daß es hier solange gut gegangen ist."

*

### Wie man den Kaiser informierte!

Erstaunlich ist die Bestimmtheit, mit der der Bergrat Dobbelstein den Kaiser bei seinem halbstündigen Besuch auf der Unglücks-Zeche über die wahren Ursachen des Unglücks informierte. Einzig das Abtun eines Sprengschusses, bevor der Ort ganz frei von Wettern war, soll die Katastrophe verschuldet haben. Von der Steigerabteilung Paßmann, die die fragliche Gesteinsarbeit im Querschlag verrichtete, lebt niemand mehr. Die Angabe, daß der Schuß erfolgte, obwohl ein Beamter, zugegen gewesen — womit nur der Steiger Paßmann gemeint sein kann — ist gar nicht dazu angetan, die geäußerte Ansicht über die Ursache des Unglücks glaubhaft erscheinen zu lassen.

Wie nun, wenn die Sache sich dennoch anders erklären ließe? Wie, wenn die Frage aufgeworfen wird, wie es möglich war, daß die Folgen so außerordentlich große sein konnten? Wie, wenn die Frage nach der Mitwirkung von Kohlenstaub aufgeworfen wird?

Was lag näher, als den zuständigen Sicherheitsmann zu hören, der ein sehr erfahrener Bergmann ist und der die fraglichen Reviere und ihre Verhältnisse genau kennt, und seit Donnerstag mittag an den Rettungsarbeiten beteiligt war, daher einen Einblick in die augenblicklichen Verhältnisse der Grube gewonnen haben wird?

Der Sicherheitsmann wurde nicht gehört, so nahe das gelegen hätte. Er wurde dem Kaiser nicht vorgestellt, er durfte nicht einmal den Zechenplatz betreten. Warum nicht? Etwa weil er nur noch der einzige vom alten Verband aufgestellte und gewählte Sicherheitsmann auf Lothringen ist? Hatte man etwas zu fürchten, wenn er hätte sprechen dürfen? Fürchtete man etwa einen Eindruck, wie ihn der Prinz Eitel Friedrich auf Radbod aus der Unterredung mit der spontan konstituierten Arbeiterdeputation mit nach Hause genommen? —

Jedenfalls, die Akten über Lothringen sind noch nicht geschlossen!

*

### Die Opfer.

Die Zahl der geborgenen Toten hat sich am Sonntag um drei vermehrt. Bis mittags waren einschließlich der im Bochumer Krankenhaus Gestorbenen 100 Leichen über Tage. Im Schacht wird noch eine Leiche vermißt. Von 21 Verletzten sind noch zwei oder drei in Lebensgefahr. Die Leichenhalle auf der Zeche Lothringen wurde Sonnabend und Sonntag von den Angehörigen der Toten besucht, die mit Kränzen und Blumen die Särge schmückten.

## Millionenpartei.

Der sozialdemokratische Parteivorstand gibt soeben seinen Jahresbericht für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 30. Juni 1912 heraus. Die imposanten Zahlen dieses Berichtes werden, wie die der früheren Berichte, wiederum heilloje Angst bei den Gegnern, aber hellste Freude bei unseren Parteigenossen erwecken. Nicht nur der glänzende Ausfall der Reichstagswahl hat das unaufhaltsame Wachstum unserer Partei dargetan, auch die Entwicklung der Organisation weist einen erfreulichen Fortschritt auf. Ist es im Vorjahre auch nicht gelungen, den 4 Millionen sozialdemokratischen Reichstagswählern die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zuzugesellen, so zählten die Kreisorganisationen am 30. Juni dieses Jahres doch bereits 970 112 Mitglieder, darunter 130 371 weibliche. Die erste Million Mitglieder wird also in diesen Wochen sicher erreicht werden. Da das Vorjahr mit einer Mitgliederzahl von 836 562, darunter 107 693 weibliche, abschloß, ist eine Steigerung von 15,9 Prozent zu verzeichnen, gegen 16,1 Prozent im Vorjahre. Seit Schaffung der festen Vereinsorganisation entwickelte sich die Mitgliederzahl wie folgt:

| | Mitgliederzahl | Steigerung |
|---|---|---|
| 1906 . . . . . | 384 327 | — |
| 1907 . . . . . | 530 466 | 38,0 Proz. |
| 1908 . . . . . | 587 336 | 10,7 „ |
| 1909 . . . . . | 633 309 | 7,8 „ |
| 1910 . . . . . | 720 038 | 13,6 „ |
| 1911 . . . . . | 836 562 | 16,1 „ |
| **1912 . . . . . .** | **970 112** | **15,9 „** |

Die Polnisch-sozialistische Partei Deutschlands (P. P. S.) hatte außerdem am 30. Juni 1912 eine Mitgliederzahl von 2060 gegen 2085 im Vorjahre.

Sechs Wahlkreisorganisationen zählen bereits über 20 000 Mitglieder; Nürnberg 20 118, Berlin IV 25 267, Berlin VI 31 408, Leipzig-Land 32 219, Teltow-Beeskow 32 885 und Hamburg III 42 532. Von den 399 organisierten Wahlkreisen haben 316 eine Zunahme und 71 eine Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen, 3 blieben auf demselben Stand. In den Bezirken ergibt sich bis auf Posen, Görlitz, Saargebiet und Meiningen überall eine Steigerung der Mitgliederzahl, die im Bezirk Zwickau mit 40,9 Prozent und in Chemnitz mit 43 Prozent am stärksten war. Im Verhältnis zu der bei der letzten Reichstagswahl für die Partei erzielten Stimmenzahl weisen die nordwestlichen Bezirke den höchsten Prozentsatz Organisierter auf. An der Spitze steht Hamburg mit 44 Prozent, dann folgt Lübeck mit 40,8 Prozent und Schleswig-Holstein mit 39,8 Prozent; Bremen weist 37,6 Prozent auf.

Es zahlen über 70 Prozent aller männlichen Mitglieder einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche oder 40 Pf. pro Monat und darüber, indes wird in über der Hälfte aller Wahlkreise ein niedrigerer Beitrag gezahlt. Bezirks- und Landessekretäre sind zurzeit 49 angestellt. Für den Bezirk Nordwest wurde einer neu angestellt. Von den Kreisorganisationen sind gegenwärtig 84 Sekretäre angestellt. Bildungsausschüsse bestehen an 575, Jugendausschüsse an 574 und Kinderschutzkommissionen an 125 Orten.

Die politisch bewegte Zeit des Reichstagswahlkampfes ist auch in hervorragendem Maße zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat genutzt worden. Mit einer allgemeinen Protestaktion gegen die schier unerträglich gewordene Lebensmittelverteuerung setzte die Wahlbewegung ein. Außerdem haben Hunderte von Frauenversammlungen stattgefunden, in denen das Interesse der Frauen an den Reichstagswahlen nachgewiesen wurde und die Aufforderung an sie erging, sich aktiv am Wahlkampfe zu beteiligen. Wie in keinem Wahlkampfe zuvor ist denn auch die Anteilnahme der Frauen bei der letzten Wahlbewegung zu konstatieren. Den Höhepunkt der Agitation unter dem weiblichen Proletariat bildete aber wieder der sozialdemokratische Frauentag. Der Erfolg der Agitation, soweit er in der Zunahme weiblicher Parteimitglieder zum Ausdruck kommt, ist ein sehr guter. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder stieg von 107 693 auf 130 871, also eine Zunahme von 22 678. Die Gleichheit hat eine Auflage von 107 000 Exemplaren.

Die Zahl der Abonnenten der Arbeiter-Jugend betrug am 30. Juni 1911 80 100 gegen 65 500 im vorigen Jahre. Jugendausschüsse bestehen in 574, Jugendheime in 196 Orten. In 58 Orten besorgt der Bildungsausschuß die Arbeiten für die Erziehung der Jugend.

Neben der in dem vorliegenden Bericht noch ausführlich besprochenen Reichstagswahl brachten uns die Landtags- und Gemeindewahlen ebenfalls gute Erfolge. Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten stieg um 36 auf 224, die der Stadtverordneten von 2015 auf 2531, die der Gemeindevertreter von 6846 auf 7593. In 60 Städten und 440 Gemeinden sind unsere Genossen im letzten Jahre neu in die Vertretungen eingedrungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120813-10/fragment/page=0001

Am Schlusse des Berichtsjahres verfügte die Partei über 86 Tageszeitungen. Neu hinzugekommen sind: Schlesische Bergwacht in Waldenburg, Hessischer Volksfreund für Erbach-Bensheim, Donau-Wacht in Ulm, Freie Presse in Reutlingen und Volksblatt in Koburg. Unter den Tageszeitungen befinden sich 19 sogenannte Kopfblätter. Von diesen 89 Parteizeitungen werden 8 in Privatdruckereien hergestellt, die übrigen in 59 Parteidruckereien. Unter Hinzurechnung der Gleichheit verfügte die Parteipresse am 30. Juni 1912 **1 478 042 Abonnenten.** Gegenüber dem Vorjahre ist das eine **Zunahme an Abonnenten von 171 577.**

Eine ganz enorme Arbeitsleistung der Genossen in der Agitation und den Organisationen spricht aus den großen Zahlen des Kassenberichts. Weist auch der diesjährige Kassenabschluß nicht einen Ueberschuß auf, so kann er gleichwohl nicht ungünstig bezeichnet werden. Der Ausgabepoften Wahlagitation, der im vorjährigen Abschluß nur mit 59 091,25 Mk. verzeichnet steht, weist in diesem Jahre eine Steigerung auf 910 977,82 Mk. auf. Das ist fast doppelt so viel, als im Jahre 1907 für die Reichstagswahlen aus der Hauptkasse verausgabt wurde. Damals kostete die Wahl der Hauptkasse 450 501,60 Mk. und 1903 gar nur 282 058,05 Mk. Wenn trotz dieser hohen Aufwendung für die Wahlagitation sich nur ein reines Defizit von 56 025 41 Mk. ergibt gegen 166 302,97 Mk. im Wahljahre 1907, so ist das nur der Erhöhung der Einnahme, die 25,3 Prozent beträgt, zu danken. Insbesondere haben die Geschäfte erheblich höhere Ueberschüsse der Parteikasse zugeführt. Die Ausgaben sind auf 1 753 656,26 Mk. gestiegen gegen 897 180,48 Mk. im Vorjahre, eine Steigerung von 48,8 Prozent. Abgesehen von den Wahlausgaben weisen die einzelnen Posten eine normale Entwicklung auf.

Gerade diese letzten Angaben über unsere Kassenverhältnisse werden den heißesten Zorn unserer Gegner erwecken. Die Wahlkosten von über 900 000 Mark aus den Einnahmen des laufenden Jahres fast völlig zu decken, das ist eine der eindrucksvollsten Nachwirkungen der glänzenden Reichstagswahl. Mit schmunzelndem Behagen kann deshalb die stolze, opferfreudige sozialdemokratische Arbeiterschaft den krampfhaften Versuchen hämischer Gegner, diese Angaben zu bekritteln, entgegensehen. Wir stürmen vorwärts, wir erringen Macht.

# Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 12. August 1912.

## Moloch Militarismus.

Die bürgerliche Presse veröffentlicht eine Statistik, nach der im Jahre 1912 die Ausgaben der Großmächte für die Landesverteidigung, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung und ausgedrückt in Mark betragen:

| | Bevölkerung (Millionen) | für das Heer | für die Marine | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|
| Deutsches Reich . . | 66,6 | 14,23 | 6,94 | 21,17 |
| Oesterreich-Ungarn . | 52,3 | 8,72 | 2,27 | 10,99 |
| Italien . . . . . | 35,0 | 9,66 | 4,96 | 14,62 |
| Frankreich . . . . . | 39,7 | 18,55 | 8,53 | 27,08 |
| England . . . . . | 45,6 | 12,46 | 19,72 | 32,18 |
| Rußland . . . . . | 155,7 | 6,86 | 2,28 | 9,14 |
| Vereinigte Staaten . | 96,2 | 6,80 | 5,61 | 12,41 |
| Japan . . . . . | 52,2 | 3,76 | 3,73 | 7,49 |

**Im Anschluß hieran wird gesagt, daß die Ausgaben Deutschlands für Heer und Marine sich für das laufende Rechnungsjahr zusammen auf 1558 Millionen Mark beziffern, d. i. 18,2 v. H. der Rohausgabe oder 28,8 v. H. der Reinausgaben des Reiches und der Einzelstaaten, die sich auf 8600 Millionen Mark, oder nach Abzug der sich selbst erhaltenden Betriebe auf 5200 Millionen Mark belaufen.**

Diese Aufmachung ist bestimmt, den Lesern Sand in die Augen zu streuen. Mit der Aufbringung der Kosten für Heer und Marine nach obigem Schema verhält es sich wie mit der Statistik über das Nationalvermögen pro Kopf der Bevölkerung — nur im umgekehrten Verhältnis. Bekanntlich kommen **vom deutschen Volksvermögen rechnerisch auf den Kopf der Bevölkerung 5400 Mark, und auf eine fünfköpfige Familie 27 000 Mark, in Wirklichkeit aber besitzt die große Masse der Bevölkerung so gut wie gar nichts. Die Ausgaben für Heer und Flotte aber werden annähernd zur Hälfte durch die Zölle, also vor allem durch die Verbraucher der Nahrungs- und Genußmittel aufgebracht! Die ärmsten Familien sind verhältnismäßig am stärksten besteuert. Je stärker die Familie, um so mehr muß sie zu den Kosten für Heer und Marine beitragen. Die Besitzenden haben es bei der Erhöhung der Zölle trefflich verstanden, die Hauptbelastung wiederum den Minderbemittelten zuzuschieben.**

Auch die Anmerkung der obigen Statistik ist nichts als Blendwerk. Sehen wir uns einmal den Reichsetat (ohne die Etats der Einzelstaaten) an, so finden wir, daß der Reichsetat für 1912 eine Gesamt-Netto-Einnahme von 1847,2 Mill. Mark aufweist, der eine Gesamt-Ausgabe für militärische Zwecke (einschl. Reichszuschuß zu den Kolonien und Verzinsung der Reichsschuld) von 1675,2 Mill. Mk. gegenübersteht. Also mehr als neun Zehntel aller wirklichen Reichseinnahmen werden für Militarismus und Marinismus, und nur **ein Zehntel zu Kulturzwecken** verwandt!

Das ist ein anderes Bild, als das oben gezeichnete. Dabei muß man berücksichtigen, daß Deutschland das ausgeprägteste System der Zölle und indirekten Steuern hat. —Aber selbst eine raffiniert frisierte Statistik kann nicht die Tatsache verdecken, daß die Belastung, und zumal die noch geplante weitere Belastung des deutschen Volkes mit Heeres- und Marineausgaben nach dem bisherigen System ein Frevel am deutschen Volke ist.

Das alles hält aber die Organe der Heeres- und Marinelieferanten nicht ab, gegen das Ausland zu hetzen, um neue Rüstungen zu erlangen, die das Volk bezahlen muß. So schreibt die Post im Anschluß an einen Alarm-Artikel der Wiener Reichspost: „Daß die geplanten unverhältnismäßigen englischen Rüstungen, die über den Rahmen des kürzlich von Churchill skizzierten Programms weit hinausgehen würden, nicht ohne Einfluß auf die deutsche Flottenpolitik bleiben können, ist von uns schon vor Wochen betont worden und ist ebenso in mehreren halbamtlich inspirierten Auslassungen zum Ausdruck gekommen." — Gegen solchen Rüstungswahnsinn protestiert das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit!

## Fürsorge-Tantam.

Eine Nachrichtenstelle weiß zu melden, „daß an denjenigen Stellen, die etwaige Vorbereitungen hierfür zu treffen haben, das größte Interesse für die möglichste Sicherstellung des Lebensabends der Männer vorherrscht, die das geeinte Deutschland mit haben schaffen helfen".

Die Hoffnungen, die diese Zeilen erwecken, erstichen sofort, weil es sich „nur darum handele, ob und gegebenenfalls in welchem Maße die finanziellen Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, überwunden werden können". Man werde gegenwärtig noch damit rechnen müssen, daß etwa 400 000 Kriegsveteranen im Deutschen Reiche vorhanden seien. Ein großer Teil davon sei sicher hilfsbedürftig. Doch schon werden im Haushaltsetat 29 Millionen für diesen Zweck ausgesetzt. Inwieweit daher die Geneigtheit vorhanden sei, der Frage von neuem Aufmerksamkeit zuzuwenden, werde wesentlich von der Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten abhängen. — Das heißt also, die Veteranen werden sich auch in Zukunft mit Redensarten begnügen müssen. Davon können sie sich mästen.

## Wie verschleudert wird.

Der Pensionsetat des Reiches schwillt infolge der vielen völlig unnötigen Pensionierungen riesenhaft an. Charakteristisch für das System der Pensionierungen ist nun folgender Fall, über den die Post schreibt:

„Zwei durch ihre Tätigkeit im Parlament sehr bekannte und verdiente Offiziere, Generalleutnant v. Wachs, der Direktor des Zentral-Departements im Kriegsministerium, und Vizeadmiral v. Capelle, der Direktor des Verwaltungs-Departements im Reichsmarineamt, stehen, einer Nachrichtenstelle zufolge, demnächst zur Beförderung, zum General der Infanterie und zum Admiral, heran. Beide beziehen in ihrer Dienststellung ein Gehalt von 13 554 Mk. und eine Dienstzulage von 4500 Mk., was den Bezügen eines Divisionskommandeurs entspricht, müßten also nach den geltenden militärischen Altersverhältnissen bald aus dem Dienste scheiden oder könnten allenfalls nur den Charaktertitel als General und Admiral erhalten. Um die große, in langen Jahren erworbene Erfahrung dieser Herren auch weiterhin ihren Ressorts und dem Reichstage zu erhalten, besteht, wie uns aus Abgeordnetenkreisen mitgeteilt wird, ausgehend von einer Anregung im Haushaltsausschusse des Reichstages die Absicht, im Haushalt für je eine Departementsdirektorstelle der Heeres- und der Marineverwaltung gehaltsmäßig die Möglichkeit zu schaffen, daß sie von einem vollen General oder Admiral versehen werden kann, ähnlich etwa wie in Württemberg der Kriegsminister, wie jetzt General v. Marchtaler, die Bezüge eines Kommandierenden erhält, falls ein dem Patente nach jüngerer General ein Armeekorps befehligt. Diese Möglichkeit wird bei der Heeres- und Marineverwaltung immer nur selten und nur dann eintreten, wenn dem Patente nach ziemlich alte Generäle und Admiräle Kriegsminister oder Staatssekretäre des Reichsmarineamts sind, und wenn, wie dies, allen anders lautenden Meldungen zum Trotz, mit den Herren v. Heeringen und v. Tirpitz der Fall ist, in voraussichtlich längerer Zeit kein Wechsel in der Besetzung der obersten Chefstelle der Verwaltungen zu erwarten steht."

Die beiden Offiziere sind also anerkanntermaßen körperlich und geistig noch so wohlgestellt, daß ihr Ausscheiden aus dem Dienst eine bedenkliche Lücke im Betriebe bedeuten würde. Aber da sie dem Alter nach vor dem Avancement stehen, ihre augenblickliche Dienststelle jedoch keinen höheren Dienstgrad vorsieht, so bleibt ihnen nur die Pensionierung, sofern man nicht für diese Stellen einen höheren Dienstgrad mit höherem Einkommen neu einrichtet.

## Das Ringen um die Rekrutenseele.

Den Rekrutenfang scheinen die Kriegervereine systematisch zu betreiben. Wie vom Militärverein Nordhausen, so wurde auch in Görlitz ein gedrucktes Zirkular an die Rekruten gesandt, das also anhebt:

„Militär- und Kriegervereine Görlitz.
Rekrutenfürsorge.
Görlitz, den 2. August 12

Herrn . . . . . .

Nachdem Sie durch die General-Aushebungskommission für den Heeresdienst ausgehoben worden sind, laden Sie unterzeichnete Vorstände hiermit zur fleißigen Teilnahme an den in Ihrem Interesse von uns veranstalteten

„Vereins-, Bereins- & Vortrags-Abenden"

ein. — Allwöchentlich vom Dienstag, den 13. August, bis ult. September werden von Reserve-Offizieren und Instrukteuren, Kameraden unserer Vereine, beleihrende, auf Ihren Eintritt vorbereitende Vorträge und Erklärungen erfolgen. . . ."

Am Schluß soll für die Rekruten, welche die Vortragsabende regelrecht besucht haben, eine kostenfreie Abschiedsfeier veranstaltet werden. Die hierzu Berechtigten erhalten eine Bescheinigung ausgestellt, die sie ihrem Regiment resp. ihrem Truppenteil überreichen können.

Herr Röder, der Vorsitzende des Niederschlesisch-Lausitzer Bezirks des Preußischen Landes-Kriegerverbandes, hat auf der außerordentlichen Tagung des Bezirksverbandes im Februar dieses Jahres die Rekrutenfürsorge empfohlen und bewegliche Klagen darüber angestimmt, daß die meisten, vom Militär abgehenden Leute — sogar auf dem Lande — den Kriegervereinen keine Zeit weiterten und damit den Militärvereinen verloren gingen. Ja, er erwähnte damals sogar einen Fall, wo in einem Dorfe von sieben Reservisten nur einer für den Militärverein gewonnen wurde. „Fragt man," so fuhr Herr Röder fort, „warum sie nicht einem Kriegerverein beitreten, so erhalte man meistens die Antwort: „Ich bin rot"!"

Unter solchen Umständen ist alle Rekrutenfürsorge nebst

# Kleines Feuilleton.

## Vom Kino.

Die Kinematographen sind eine Erscheinung des öffentlichen Lebens geworden, über deren Nutzen oder Schaden man sehr verschieden urteilen kann, die man aber nicht mehr wird beseitigen können. Darum werden auch die Kinogegner nichts Besseres tun können, als mit daran zu arbeiten, um das Kinematographenwesen in vernünftige Bahnen zu lenken. Aus diesem Grunde scheinen uns Ausführungen, die ein Braunschweiger Pädagoge, der Schuldirektor Dr. Rehfuh, jüngst in einem Vortrage über die Kinematographentheater gemacht hat, außerordentlich beachtenswert. Professor Dr. Rehfuh leitete seinen Vortrag mit der Bemerkung ein, daß er ein Freund der Kinematographentheater sei und die Hoffnung hege, diese Theater möchten sich zu einem wirklichen Volkserziehungsmittel entwickeln. Das Kino hat sich von Frankreich über Amerika, England und die ganze Welt sehr schnell ausgebreitet. In Deutschland werden die meisten Films aus Frankreich bezogen. Eine Zählung in Berlin hat 250 Kinotheater ergeben. Die Anziehungskraft der Kinotheater führte Dr. Rehfuh auf folgende Hauptpunkte zurück: 1. die Anschaulichkeit der Bilder, die Schnelle der Abwickelung; 2. die Befriedigung der Neugier durch schnelle Berichterstattung der aktuellen Ereignisse; 3. die Gefühlswirkungen auf die Zuschauer; 4. die Vielseitigkeit, die bei den andern Vergnügen nicht so geboten wird; 5. die große Billigkeit.

Die Frage: Was bieten uns die Kinematographentheater? beantwortete der Vortragende dahin: 1. Humor, oder besser gesagt, Komik. 2. Dramatisches mit dem Hauptprinzip „Aufregung", mit dem Wechsel an Personen, wie: Dirnen, Detektivs, Mörder, Ehebrecher usw.; das Ethische findet man bei solchen Films nicht. 3. Historisches, das bei uns leider noch zu wenig zur Anwendung komme. 4. Sportliches, wobei allerdings das Rohe am Sport noch zu sehr in den Vordergrund gestellt werde. 5. Aktuelles. 6. Naturaufnahmen. Die schlimmsten Bilder sind, was Deutschland leider so verbreiteten kriminellen Films. Welcher Art diese Sujets sind, ersieht man daraus, daß z. B. in 250 Vorstellungen ein Pastor in Berlin feststellen konnte, daß in den 250 Films 97 Morde, 51 Ehebrüche, 19 Verführungen, 21 Entführungen usw. gezeigt wurden.

Schuldirektor Rehfuh geißelte mit Recht die Vorführung von Bildern mit Mordszenen. Solche Bilder wirken auf junge Mädchen usw. nicht abschreckend, sondern eher anregend im schlechten Sinne. Bei den klassischen Films werden die Eindrücke nur durch das Auge wahrgenommen, während das Ohr unbefriedigt bleibt; gute Bilder sind belehrend und unterhaltend, kriminelle und seruelle sind den schlechten Darbietungen zuzurechnen. Die aus der Wissenschaft gebotenen Bilder (Darstellung aus dem Gebiete der Medizin, aus dem Leben der Bakterien u. a. m.) haben dagegen ihr Gutes. Zu den unterhaltenden gehören die humoristischen Films, die aber nicht immer gut sind. Der Redner stellte hierbei die Schundfilms der Schundliteratur gegenüber, wobei er auf die Stellung des Gesetzes zurückgreift.

Die Wirkungen der Schundfilms lassen sich in folgendem zusammenfassen: Sie trüben beim Zuschauer, speziell bei den Kindern, den Wirklichkeitssinn; was die Schule auf dem Boden des Wirklichkeitssinns zu erzielen suche, verderben die Schundfilms, denn die Kinder verlieren durch das Schauen dieser Films die sittlichen Ideen; die Phantasie der Kinder und Jugendlichen werde durch das Frivole dieser Bilderart verseucht. Nur gute Nahrung gehöre der kindlichen Phantasie. Der bedeutende Kinderarzt Dr. Baginsky in Berlin hat bei Kindern, die Besucher von aufregenden Szenen in Kinos waren, feststellen können, daß sie an Aufgeregtheit, Appetitlosigkeit, Neigung zu Verbrechen und manchem anderen litten. Vielfach tragen die Bilder auch zur Verrohung der Zuschauer bei, und bei den Mädchen, die viel in die Kinos gehen, habe sich hinterher eine bedenkliche Lasheit bemerkbar gemacht. Die kriminellen Films, die schon zur Ausführung von Verbrechen, von Ehebruch, ja sogar zur Nachahmung von Selbstmorden bei dafür empfindlichen Zuschauern geführt haben, nochmals eingehend kritisierend, meinte der Referent, daß solche Schundfilms wohl volksvergiftend, aber nicht volksbildend sind. Gezeigt werden müssen z. B.: Bilder, die den Wintersport und Luftsport, die Tierwelt, Naturkunde, das deutsche Volksmärchen betreffen, ferner Dramen, Bilder aus der Geschichte, Heimat- und Volkskunde, Industrie und Technik, dazu auch die Tagesneuigkeiten und dergleichen.

Die Schlußausführungen des Redners gipfelten in einer Schilderung der gesetzlichen Maßnahmen gegen die Schundfilms in Berlin und in Braunschweig. Die Berliner Zensur über die Kinotheater werde überall eifrig nachgeahmt. Seit fünf Wochen habe Braunschweig ein Gesetz als Erweiterung des städtischen Statuts über Kinos. Die Behörden stehen immer mit der Berliner Polizei zwecks „Ueberwachung der Darbietungen in den Kinos" in Verbindung. Eine scharfe Zensur sei der beste „Kinderschutz" gegen die Schundfilms. Jedes Bild müsse die Zensur durchmachen, dann werden die schlechten Films schon verschwinden. Wenn die Inhaber der Kinos die Darbietungen so einrichten, wie der Redner einige Anregungen gegeben, dann wird die Hoffnung berechtigt sein, daß sich die Kinematographentheater zu einem Volkserziehungsmittel ausreifen werden.

## Der Nutzen der Gletscher für den Menschen.

Wenige von den Leuten, die im Hochgebirge die Pracht der Gletscher bewundern, werden dabei bedenken, daß diese gewaltigen Eismassen auch einen bedeutenden Nutzen für den Menschen haben. Am ehesten wird sich noch daran erinnern, wer einmal in einem der norddeutschen Häfen, beispielsweise dem sehenswerten Fischereihafen bei Geestemünde, ganze Schiffsladungen von norwegischem Gletschereis gesehen hat, die dort zur Konservierung der Fische gebraucht werden. Eine derartige Ausnutzung der Gletscher ist aber ziemlich selten, da im allgemeinen die große Entlegenheit und Unzugänglichkeit der Gletscher, auch die Schwierigkeit, die Eismassen ohne zu großen Verlust über größere Entfernungen zu transportieren, eine solche Verwertung ausschließt. Der hauptsächliche Nutzen der Gletscher wird ohne Zutun des Menschen von der Natur bedingt und geregelt. Sie wirken gerade in der Jahreszeit, wenn die Temperatur am höchsten ist, als große Wasserlieferanten, und zwar um so mehr, je höher die Hitze steigt. Der italienische Ingenieur Fantoli hat berechnet, daß im Einzugsgebiet des Lago Maggiore, wenn die Brunnen bei großer Sommerhitze nur noch zehn Liter in der Sekunde auf das Quadratkilometer geben, die Gletscher durch ihre Schmelze fünfundsechzig mal soviel von dem unentbehrlichen Naß in frischestem Zustand spenden. Nach der Berechnung von Professor Maurer in Zürich entsendet der Morteratschgletscher im Engadin, der innerhalb der Schweizer Eisströme nur einen mittleren Rang einnimmt, 27 bis 30 Kubikmeter Wasser in der Sekunde, also eben soviel wie der Neckarfluß, der ein Einzugsgebiet von 14 000 Quadratkilometer besitzt, während jener Gletscher nur 25 Quadratkilometer bedeckt.

## Sprechen ohne Kehlkopf.

Im Stuttgarter Aerztlichen Verein stellte Prof. Steinthal einen Patienten vor, dem wegen Krebs der Kehlkopf entfernt worden war und der auch ohne Kehlkopf und ohne künstlichen Kehlkopf sich verständlich machen konnte. Die meisten derartigen Patienten finden zunächst eine Sprache, die man als Flüstersprache bezeichnen kann. In Anlehnung an ihre frühere Sprechweise versuchen sie durch mehr oder weniger energische Artikulation an den verschiedenen Lautstellen des Mundes Laute hervorzubringen; namentlich gilt dies von den sogenannten Geräuschlauten, die von dem Vorhandensein eines Kehlkopfes unabhängig sind. Bei der Flüstersprache blieb der Patient aber nicht stehen, er gewann vielmehr eine laute, auf Entfernungen deutliche Sprache wieder. Daß er es fertig bringt, mit sonorer Stimme zu sprechen, erklärt sich nur so, daß an irgend einer Stelle unterhalb des Ansatzrohres saftige Gebilde entstanden sind, die ähnlich wie die Stimmbänder von einem weiter abwärts gelegenen Hohlraum hier in Schwingungen versetzt werden. Der Patient bietet ein Beispiel dafür, wie unser Organismus im Stande ist, so scheinbar unersetzliche Defekte in wunderbarer Weise auszugleichen.

## Sind die Protozoen wirklich Urtiere?

Ein Hauptsitz der Deszendenztheorie läßt die Organismen aus niederen Formen sich entwickeln und unterscheidet „höhere" Tiere von „niederen", und Metazoen, aus Zellkomplexen bestehend, von einzelligen Protozoen. Der Differenzierung zwischen hoch und niedrig liegt eine allzu menschliche Anschauung zugrunde: Der Mensch ist das höchste Entwicklungsprodukt, was ihm mehr ähnelt, wird ein höherer, was ganz anders konstituiert ist, ein niederer Organismus genannt. Nun ist aber, was seinen Bau anbetrifft, der Mensch keineswegs in allen seinen Teilen das höchst entwickelte Wesen. Nur in wenigen Punkten erweist sich der Körper des Menschen weitergebildet als der des Affen, z. B. in der Hand, in anderen ist er viel primitiver als diese, so im Gebiß. Zu dem gleichen Resultat kommt man bei der Vergleichung verschiedener Tierformen untereinander. Also verläuft die „Entwicklung von der Amöbe zum Menschen" nichts weniger als gradlinig. Auch die am Anfang der Reihe stehenden einzelligen Individuen, die Protisten der Protozoen sind, wie Dr. W. Franz erst kürzlich in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift" darlegte, keineswegs so einfach organisierte Individuen, daß man sie mit einer Zelle des Tierkörpers, z. B. einer Leberzelle, vergleichen könne. Vielmehr sind sie außerordentlich komplex, zusammengesetzt. Ihre Organe sind bloß nicht sichtbar differenziert. Man kann nicht von einer größeren Einfachheit der Amöbe, die Scheinfüße ausstreckt oder Geißelbewegungen macht, sprechen, weil sie dies im Gegensatz zu anderen Tieren ohne Hilfe von Muskeln und Nerven ausführt. Ebensowenig wie der Affe der Stammvater des Menschen, ebensowenig ist der Protist der Urzelle, aus der sich alle anderen Organismen entwickelt haben, gleichzusetzen. Affe und Mensch haben vielmehr gemeinsame, uns unbekannte Ahnen. Der Protist ist schon so hoch entwickelt, daß er eine für ihn charakteristische vollkommene Organisation darstellt. Auch er hat noch eine weite Entwicklungsreihe von der Urzelle durchmachen müssen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120813-10/fragment/page=0002

kostenfreiem Rekrutenabschied und Fürsorgebescheinigung vergebliche Liebesmüh.

### Austauschspione.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß diplomatische Verhandlungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung im Gange seien, die den Zweck hätten, den wegen Spionage verhafteten russischen Hauptmann Kostewitsch wieder in Freiheit zu setzen. Die Meldung klang wie ein schlechter Scherz, und die offiziöse Dementierspritze war sofort bei der Hand. Jetzt kommt die Meldung aus Leipzig, daß am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr 10 Minuten die vorläufige Haftentlassung des russischen Artillerie-Hauptmanns Kostewitsch gegen Stellung einer Kaution von dreißigtausend Mark erfolgt sei. Gleichzeitig werde nach einer Meldung aus Warschau dort ebenfalls am Sonnabend nachmittag gegen Hinterlegung des gleichen Betrages der vor einigen Wochen verhaftete preußische Leutnant Dahm, der beim Niederschlesischen Feldartillerie-Regiment Nr. 46 steht, und zwecks Vervollkommnung in der russischen Sprache nach Rußland beurlaubt war, auf freien Fuß gesetzt. Die genannten Geldbeträge wurden bereits vor einigen Tagen in Berlin und Petersburg eingezahlt. Beiden Offizieren soll es gestattet worden sein, zum Verhandlungstermin wieder vor Gericht zu erscheinen.

Die Haftentlassung der beiden Spione scheint also festzustehen. Wann die Verhandlung sein wird, ob sie überhaupt noch stattfindet, und ob die beiden Freigelassenen noch zu erscheinen haben werden, ist mehr als fraglich. Es geht im Rechtsstaat Preußen also auch so. Die rechtsstehenden Blätter, wie die Deutsche Tageszeitung, finden den Fall recht bedenklich.

## Deutsches Reich.

— **Die Rotschraube.** Aus Köln wird gemeldet: In den letzten Tagen fanden am Niederrhein mehrere Versammlungen der Metzgermeister und Viehhändler mit Vertretern der städtischen Behörden statt, in denen bekanntgegeben wurde, daß in den nächsten Tagen nicht unbeträchtliche Erhöhungen der Fleischpreise eintreten müßten. Die Metzger betonten, daß sämtliche Viehsorten im Preise auf eine nie dagewesene Höhe gestiegen seien, so daß bei dem Fortbestehen der heutigen Verkaufspreise zahlreiche Existenzen ruiniert würden. Von mehreren Stadtverwaltungen wurde erklärt, daß man sich bereits an das Ministerium zur Herabsetzung der Zölle gewandt habe, indessen ohne Erfolg. In erneuten Eingaben soll gefordert werden, den 20½ Pf. betragenden Zoll auf ein Pfund dänisches Rindfleisch auf die Hälfte herabzusetzen.

Den Agrariern zu Liebe wird man die Grenzen trotzdem nicht öffnen.

— **Die Tauglichkeit der Militärpflichtigen.** In der neuesten Ausgabe von Löbels Jahresbericht über das Heer- und Kriegswesen wird wieder konstatiert, daß die Zahl der unbedingt tauglichen Militärpflichtigen von Jahr zu Jahr abnimmt. Von je 100 endgültig Abgefertigten waren tauglich: im Jahre 1907: 54,9, 1908: 54,5, 1909: 53,6, 1910: 53. Diese Verschlechterung wird auf die Zunahme der städtischen industriellen Bevölkerung zurückgeführt. So waren z. B. von je 100 endgültig Abgefertigten im Bereich des 15. Armeekorps (Elsaß) tauglich 66,7, in Ostpreußen 63, in Westpreußen 61; dagegen in Schlesien nur 47,8, in Brandenburg mit Berlin gar nur 42,1.

Die Kriminalität ist nach Loebell, wenn auch nur im bescheidenen Maße, zurückgegangen. Es wurden im Jahre 1911 angeklagt: 14 324 Personen, verurteilt 12 443. Die Zahlen für 1910 lauten: 14 453 und 12 597.

— **Lotterie-Vertrag.** Der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Crailsheim hat nach einer Meldung des Berl. Lokalanzeigers als Referent der Reichsratskammer für den Lotterievertrag mit Preußen den Antrag gestellt, es möge die Staatsregierung wegen des Staatsvertrages mit Preußen und den übrigen Bundesstaaten den Gesetzentwurf nach der Regierungsfassung annehmen. Er führte dazu aus, daß bei einer Aenderung des Gesetzentwurfs, die ja möglich sei, die Beratung in der Abgeordnetenkammer wohl wieder aufgenommen werden müsse. Er begründete seinen Antrag ausführlich mit der finanziellen Notlage Bayerns und u. a. auch mit den guten Beziehungen Bayerns zu Preußen und den übrigen Bundesstaaten.

— **Ein Meineidsverfahren.** Gegen den Zentrumsabgeordneten des bayerischen Landtages, Arbeitersekretär Oswald, der durch seine Angriffe gegen den Verkehrsminister v. Frauendorffer den Sturz des Ministeriums Podewils einleitete, schwebt nach einer Meldung der Post ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Landtages hat jedoch der Vollversammlung vorgeschlagen, die Erlaubnis zur Strafverfolgung zu versagen.

— **Ersatzwahl.** Für den am 26. März verstorbenen Landtagsabgeordneten Albert Traeger, Vertreter des 1. Berliner Kreises, wird am 29. Oktober die Ersatzwahl vorgenommen. Die Wahlmännerwahlen erfolgen am 30. September; sämtliche Wahlmänner werden neu gewählt. — Der Wahlkreis ist sicherer fortschrittlicher Besitzstand; bei der Wahl im Jahre 1908 wurden hier 345 freisinnige und 83 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt.

## Türkei.

### Wirrwarr in der Türkei.

Konstantinopel, 11. August. Die Regierungsblätter veröffentlichen Enthüllungen aus den behördlichen Untersuchungen über Verschleuderung von Staatsgeldern und Flottenfonds zu Komiteezwecken. Die Zeitung Teeminat macht ferner mit Namensnennung Enthüllungen über Greuel in den Gefängnissen. Die bedeutendsten Komiteeorgane Tanin und Hakk stellen ihr Erscheinen ein.

Gegen den General Hassan Tossum Bey ist ein Haftbefehl erlassen worden, weil er sich an den Kundgebungen der Offiziere gegen das neue Kabinett beteiligte. Wie es heißt, ist er nach Monastir geflüchtet.

Ismael Kemal Bey, der sich in Valona befindet, hat den Kriegsminister benachrichtigt, daß infolge seiner Intervention die Arnauten von Südalbanien darauf verzichtet haben, neue Forderungen aufzustellen. Die Albanier des Südens seien mit den Konzessionen zufrieden, welche den Nordalbiern gewährt worden sind.

*

Der Kriegsminisier hat den Befehl gegeben, bis auf weiteres im Vilajet Kossow keine Rekruten anzuwerben.

*

Saloniki, 11. August. Hier und in Uesküb herrscht vollkommene Revolution. Die jungtürkisch gesinnten Offiziere dieser Bezirke sind nach Albanien gegangen, um sich mit den Führern der Albanesen über ein gemeinsames Vorgehen gegen die jetzige Regierung zu verständigen. 150 höhere Offiziere, die fast sämtlich in Deutschland ihre Ausbildung erhalten haben, sprachen sich gegen die jetzige Regierung aus.

## Frankreich.

### Begnadigt und rehabilitiert.

Herr Briand hat wieder einmal begnadigt. Mit Dumoulin, dem 2. Offizier der Konföderation, der wegen angeblicher Aufreizung zu Plünderung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war und noch ein Jahr abzusitzen hatte, sind noch sechs andere wegen Streikvergehen usw. verurteilte Sünder, deren Strafe in wenigen Tagen abgelaufen wäre, begnadigt worden. Unter diesen befindet sich der Lockspitzel Dudragne, dem das Mißgeschick widerfahren war, als Verantwortlicher eines anarchistischen Winkelblättchens verurteilt zu werden. Daß Briand, der seine politische Laufbahn damit begonnen hatte, die Arbeiter zum Generalstreik, zur Gewalttätigkeit und zum Antipatriotismus aufzuhetzen, als Justizminister mit dem Lockspiegel Dudragne Erbarmen hat, finden wir sehr verständlich . . .

Eine verspätete Rehabilitierung hat der Kassationshof am gleichen Tage vorgenommen. Er kassierte das Urteil, das den Sekretär des Kohlenladersyndikats von Havre, Durand, zum Tode verurteilte. Man wird sich der Dinge, die von der bürgerlichen Presse der ganzen Welt mit der üblichen sensationellen Ausschmückung verbreitet worden war, noch erinnern. Es sind jetzt ungefähr zwei Jahre her. Während eines Kohlenladerstreiks der großen Schiffsgesellschaft Compagnie Transatlantique in Havre, wurde ein Streikbrecher von Streikenden so geschlagen, daß er bald darauf starb. Der Sekretär des Syndikats wurde angeklagt, die „Hinrichtung" Donyés, des Streikbrechers in einer Versammlung zur Abstimmung gebracht zu haben. Vor dem berüchtigten Schwurgericht sagten zehn Streikbrecher aus, teils daß Durand nur davon gesprochen hätte, man müsse sich des Donyés entledigen, teils daß er über dessen Hinrichtung abstimmen habe lassen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen. Die Täter wurden zu fünf bis zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Durand jedoch, wegen „moralischer Mitschuld", zum Tode. Selbst die reaktionären Geschworenen von Rouen waren über dieses Bluturteil so entsetzt, daß sie sofort ein Gnadengesuch unterzeichneten. Genosse Renaudel, der im Auftrage der Humanité sofort nach der Erschlagung des Donyé in Havre eine Enquete veranstaltet hatte, war gleich hinter die monströse Lügenmär gekommen. In Havre selbst bildete sich aus allen Parteien ein Komitee zur Verteidigung Durands. Der Justizminister ließ eine Enquete veranstalten, in deren Folge Durand zunächst zu sieben Jahren Gefängnis, dann völlig begnadigt wurde. Dem Komitee gelang es neue Tatsachen festzustellen. Ein Teil der Belastigungszeugen widerrief die gerichtlichen Aussagen, über 100 Entlastungszeugen meldeten sich. Der Kassationshof kassierte nun das Schandurteil. Es ist folgendes festgestellt worden. Einige der auf den Schiffen kasernierten Streikbrecher, die in steter Angst vor den Folgen ihres Verrats lebten und die die Gesellschaft mit Revolvern versehen hatte, sagten, als sie von der Erschlagung Donyés hörten: „Da steckt das Syndikat dahinter." Das wurde dem überwachenden Ingenieur Delorun hinterbracht, der die Streikbrecher „ausfragte". (Tatsächlich hatte Durand 20 Tage vorher, als Donyé zum Streikbrecher wurde, in einer Versammlung gesagt, daß man diesen — er war Mitglied des Syndikats — ausschließen müsse.) Nach diesem ersten Verhör wurden die Streikbrecher in das Bureau des Generalagenten der Gesellschaft gerufen, wo sie ihre „Aussagen" wiederholten. Dann ließ man den Untersuchungsrichter kommen, der im Privatbureau des Generalagenten, unter dessen Beisein und dem des Ingenieurs Delarue, die Aussagen der Streikbrecher zu Protokoll nahm. Am Tage vorher, als Durand bei dem Generalagenten verhandelte, sagte dieser zu ihm, daß der Totschlag Donyés auf seinem, Durands, Kopf fallen würde, wenn die Arbeit nicht aufgenommen würde. Der Totschlag hatte sich folgendermaßen abgespielt. Wie oft, hatte Donyé den Tag in den Wirthäusern verzecht, hatte dort drei Streikende getroffen und mit ihnen weiter gezecht. Schließlich gerieten die total Betrunkenen in Streit, so daß sie der Wirt an die Luft setzte. Auf der Straße ging der Streit weiter, bis Donyé seinen Revolver zog, worauf die andern über ihn herfielen und derart verprügelten, daß er an den Folgen seiner Verletzungen starb. Am Verhandlungstage wurden die Streikbrecher, die jeder 20 Frank bekommen hatten, von Delarue nach Rouen gebracht und bis zur Verhandlung bewirtet. Von den Entlastungszeugen war nur einer auf Kosten der Staatskasse gekommen. So wurde das Schandurteil fabriziert. — Nun ist es endlich kassiert. Zuspät. Der unglückliche Durand ist infolge der seelischen Qualen irrsinnig geworden und wird den Rest seiner bejammernswerten Tage hinter den Mauern einer Irrenanstalt verbringen . . .

*

Die französische Regierung hat nach der Armeezeitung beschlossen, 100000 Mann nach Marokko zu entsenden. Zu diesem Zweck hat der Kriegsminister verfügt, daß diejenigen Soldaten, welche erst seit sechs Monaten unter der Fahne stehen und nach Marokko zu gehen wünschen, sich einschreiben lassen können. Die Soldaten brauchen nicht volle zwei Jahre zu dienen. Das genannte Blatt will außerdem erfahren haben, daß General Lianley 30 000 Mann Ersatztruppen verlangt habe.

## England.

Aus London wird uns geschrieben: Nach einer langen und ereignisreichen Session ist das englische Parlament in Sommerferien gegangen. Die Regierung tritt die Pause unter wenig günstigen Anzeichen an. Am Tage des Sessionsschlusses wurde der Rücktritt des liberalen Haupteinpeitschers, des Master of Elibank bekanntgegeben. Wenn diese Resignation auch keine politischen Gründe hat, so kann sie doch sehr leicht wichtige politische Folgen haben. Der Haupteinpeitscher ist vielleicht die wichtigste Person im englischen Regierungssystem. Er hat für die Disziplin seiner Partei im Unterhause zu sorgen; es ist vor allem auch seine Aufgabe, die lokalen Parteiorganisationen zu pflegen, vor allem: Wahlen zu gewinnen. Der Master of Elibank hat infolge einer Kombination persönlicher Eigenschaften diese Dinge gut und ziemlich erfolgreich zu versehen gewußt. Sie jetzt ungeübten Händen zu überlassen, ist für die liberale Partei ein sehr riskantes Geschäft.

Gleich am Tage nach Sessionsschluß sollte die Regierung ein viel härterer Schlag treffen. Die zerschmetternde Wahlniederlage in Nordwest-Manchester werden die Liberalen nicht leicht verwinden. Verglichen mit den Dezemberwahlen von 1910 ist eine liberale Mehrheit von 445 jetzt in eine konservative Mehrheit von 1202 umgewandelt worden. Beide Parteien hatten sich auf einen konservativen Sieg gefaßt gemacht, aber auf einen so gewaltigen Umschwung rechnete keine. Die Konservativen sind selbstverständlich aus Freude ganz aus dem Häuschen und sehen sich in ihren Hoffnungen schon wieder an der langentbehrten Staatskrippe. Sie zitieren freudig das politische Sprichwort: was Lancashire heute sagt, das sagt morgen England. Sie vergessen dabei nur, daß Nordwest-Manchester noch nicht Lancashire ist. Nordwest-Manchester ist das Geschäftsviertel der Baumwollmetropole, politisch zwar die Citadelle des Freihandels, aber doch nicht eine zuverlässige Stütze liberaler Regierungen. Wo die Zollfrage eine entscheidende Rolle spielt, stimmen die Geschäftsleute von Manchester liberal, bei Nachwahlen, wo die positive Gesetzgebung der Regierung entscheidet, stimmen sie aus Aerger konservativ. Die Wahl zeigt nur, daß die Regierung in ihrer sozialen Gesetzgebung weit genug gegangen ist, um sich die Gunst freihändlerischer Kapitalisten zu entfremden. Das wäre für die Regierung noch nicht sehr gefährlich, wenn sie darin weit genug gegangen wäre, um sich die Gunst der Arbeiter zu verschaffen. Darin haperte es eben. Immerhin kann die Regierung in industriellen Wahlkreisen, wo die Arbeiterwähler überwiegen, noch fast überall auf eine Mehrheit rechnen, wenn sie keinen Arbeiterkandidaten gegen sich hat. Und so werden die Konservativen sich noch gedulden müssen.

Das Arbeitsprogramm der Regierung war ein überreichliches. Trotzdem war es eine Session der Halbfabrikate. Von wichtigen Gesetzen ist nur eines erledigt worden, und auch das nur, weil dem Parlament und der Regierung die Pistole vor die Brust gesetzt war: das Minimallohngesetz für Bergarbeiter. Das eigentliche Programm der Session, Home-rule für England, Entstaatlichung der anglikanischen Kirche in Wales, Wahlrechtsreform, Osborne-Vorlage, sie alle müssen zur Kommissionsberatung und schließlichen Erledigung in die Wintersession hinübergebracht werden. Da warten der Regierung noch manche Klippen. Die Regierung hat weder den Willen, noch auch die wirkliche Macht oder den Mut, der gewalttätigen, staatsstreicherischen Agitation der Konservativen in Ulster entgegenzutreten, und es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß diese Agitation früher oder später ihren wahren Zweck erreicht: nicht etwa wirklich eine bewaffnete Revolte vorzubereiten, sondern durch vieles Lärmschlagen ruhebedürftige Liberale an der Regierung irre zu machen und eine Spaltung in der liberalen Partei herbeizuführen. Bei der Verhandlung der Wahlreform kann namentlich die Frage des Frauenstimmrechts der Regierung gefährlich werden. Um so mehr, als die eben erfolgte Verurteilung von zwei Suffragettes zu fünf Jahren Zuchthaus wegen versuchter Brandstiftung wohl die Frauenrechlerinnen endlich von der Sinnlosigkeit ihrer bisherigen Taktik überzeugen wird und sie ihre Aufmerksamkeit mehr dem parlamentarischen Kampfe zuwenden werden. Diese zwei Vorlagen sind allein schon genug, um der Regierung Sorge zu bereiten, selbst wenn im Laufe der Session keine unerwarteten Schwierigkeiten auftreten sollten.

Die wahlpolitische Wirkung des Arbeiterversicherungsgesetzes hat den Liberalen schon manche Illusion geraubt. Auch das übrigen „sozialrevolutionäre" Programm der Liberalen ist verbraucht.

Vom künftigen sozialen Programm der Regierung sind bisher zwei Punkte bekannt geworden. Die Regierung war sehr bedende, die Kalamität, in die der unglückliche Hafenarbeiterstreik die Arbeiterschaft gebracht, auszunützen, und Lloyd George kündigte bei der Besprechung des Streiks im Unterhause an, daß die Regierung im nächsten Jahre eine Vorlage zur Beilegung von Streiks unter Anerkennung des Grundsatzes der obligatorischen Schiedsgerichte einbringen werde, ein Vorschlag, den die Regierung unter keinen anderen Umständen vorzubringen gewagt hätte. Sir George Asquith wird nach Kanada geschickt, um das dort bestehende obligatorische Schiedsgerichtsverfahren zu „studieren". Der andere Köder ist die unbestimmte Konfuse Antilandlordskampagne Lloyd Georges. Diese zeigt so recht den Niedergang des englischen Liberalismus. Die bisherige Sozialreform war ja auch von demagogischen Rücksichten eingegeben, aber es gab doch viele Liberale, die ehrlich daran glaubten. An die Landreform glaubte niemand, sie ist reiner Volksbetrug und faustdicker Wahlschwindel.

## Rußland.

Das offizielle Organ des russischen Kriegsministeriums, Rußkij Inwalid, hatte im Mai d. J. aus Anlaß der Miassojedow-Affäre kategorisch erklärt, es gebe in der Armee kein „speziellen Organe" für die politische Bespitzelung der Offiziere. Daraufhin bringt nun das sozial-revolutionäre Blatt Snamja Truda folgenden Bericht seines Korrespondenten: 1. Im Stabe des Kiewer Militärbezirkes ist das Amt eines neuen „Adjutanten" kreiert worden, zu dem der Gehilfe des Gendarmerieobersten Kuljabko (der bekanntlich durch das Attentat gegen Stolypin als Meister der Provokation bloßgestellt worden ist) Kapitän Ujelenzow berufen worden ist. Er hat offenbar zum Zweck der Assimilierung die Gendarmerieuniform abgelegt und verkehrt mit den Stabsoffizieren und den Offizieren der Garnison in der Uniform eines Adjutanten. 2. Der Chef der Gendarmerieverwaltung in Wolynien hat den Polizeimeister des Militärlagers von Schubnow, einen Linienoffizier, für die politische Spionage unter den Truppen dieses gewaltigen Lagers abgerichtet. — Man kann sich denken, welche Zersetzung diese Spionage, die sich sicherlich auf das ganze Reich erstreckt, in das russische Offizierkorps hineinträgt.

*

Der Korrespondent des Journal in St. Petersburg meldet seinem Blatte heute folgendes: In diplomatischen Kreisen bespricht man lebhaft, daß das russische Geschwader, welches die deutschen Häfen besuchen sollte und dessen Abfahrt schon angekündigt wurde, im Hafen von Reval bleibt, die Fahrt nach den deutschen Häfen vorerst aufgegeben worden ist. Andererseits wird hier die Ankunft dreier höherer deutscher Offiziere als ein Bestreben aufgefaßt, die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland ins Gedächtnis zurückzurufen und ferner die Bedeutung der Anwesenheit Poincares in Petersburg abzuschwächen. Diese drei deutschen Offiziere sind der Oberst von Zedlitz, der Major von Paten und der Major von Bodelschwing, die kürzlich zu Kommandeuren der Regimenter ernannt worden sind, deren Chef der Kaiser von Rußland ist. Diese deutschen Offiziere rechnen darauf, die Gelegenheit zu benutzen, um eine Audienz beim Zaren zu erlangen, um den Zeremonien von Zarskoje Selo beiwohnen zu können.

Verantwortlicher Redakteur: Gottl. Kasparek in Halle.

**Nervosität und Verdauungsstörungen** stehen oft in engem Zusammenhange, da die geschwächten Magen- und Darmnerven die Tätigkeit der Verdauungsorgane ungünstig beeinflussen und außer diesen Beschwerden meist auch noch Appetitmangel besteht. Nervösen Leuten wird infolgedessen eine schmackhafte, abwechselungsreiche, gleichzeitig gut ernährende und leicht verdauliche Kost willkommen sein, wie sie ihnen die Anwendung von „Kufeke" der Ideen vermag. Kufeke kann, wie aus dem Kufeke-Kochbüchlein ersichtlich, in den täglichen Speisen gereicht werden, deren Geschmack durch diesen Zusatz nur noch gewinnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120813-10/fragment/page=0003

# Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Letzte 4 Tage:

**Menschenrechte!**

Soziales Volksstück in 5 Akten von H. Reichardt.

**Sensationeller Theater-Erfolg!**

Anfang 8.10 Uhr. Tageskasse v. 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Freitag: Première.

**„Zeimal gelebt".**

Englisches Ausstattungsstück.

# Volkspark

Tel. 1107. Burgstrasse 27. Tel. 1107.

**Dienstag den 13. August cr.**

Grosses

**Vokal- und Instrumental-Konzert.**

Ausführende:

**Gesang-Verein „Gutenberg" u. Kapelle Engelmann.**

Programm 10 Pfg. Programm 10 Pfg.

Um gütige Unterstützung ersucht

Die Geschäftsleitung.

Von der

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**

sind bisher folgende Hefte erschienen:

Heft 1: **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen** von Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
Heft 2: **Das erste Lebensjahr** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
Heft 3: **Gesundheitspflege des Nervensystems** von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
Heft 4: **Der Achtstundentag** von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
Heft 5: **Alkoholfrage und Arbeiterklasse** von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
Heft 6: **Das Schulkind** von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
Heft 7: **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten** von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
Heft 8: **Nahrung und Ernährung** von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter u. seine Familie.
Heft 9: **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
Heft 10: **Der Arbeiterschutz** von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
Heft 11: **Frauenleiden und deren Verhütung** v. Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.
Heft 12: **Vom medizinischen Aberglauben** von Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
Heft 13: **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters** von Dr. E. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
Heft 14: **Verhütung und Heilung des Stotterns** von L. Jordan. Mit einer Einleitung über Sprache und Sprachstörungen.
Heft 15: **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie** von Dr. Julian Markuse.
Heft 16: **Zähne und Zahnpflege** von Gertrud Revald-Berlin.
Heft 17: **Bau- und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers** von Dr. Christellen-Berlin.
Heft 18: **Der Geschlechtstrieb.**
Heft 19: **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranker-Mannheim.
Heft 20: **Die Proletarierkrankheit.** Von Dr. Zadek-Berlin
Heft 21: **Atemgymnastik.** Mit zahlreichen Abbildungen. Von Otto Rühle.
Heft 22: **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. B. Chajes, Berlin.
Heft 23: **Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen.** Von Dr. Eugen Rehsisch, Berlin.
Heft 24: **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.** Von Hugo Hillig, Hamburg.
Heft 25: **Die Schmarotzer des Menschen.** Von Dr. A. Ligschütz.
Heft 26: **Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens.** Von Dr. Hans Schwerin, Arzt in Berlin
Heft 27: **Sport und Arbeiter.** Von Dr. R. Silberstein.
Heft 28: **Die Jahre der Geschlechtsreife.** Von Dr. Popitz, Leipzig.

**Preis für jedes Heft 20 Pf.**

Zu beziehen durch die

**Volksbuchhandlung,**

Halle a. S., Harz 42/43.

**Arbeitsmarkt**

Gute Mitglieder-Gesellschaft sucht für Halle

**General-Vertreter,**

sowie an allen Plätzen rührige Vertreter, evt. mit Inkasso. Auch werden feste Bezüge gewährt und Reisespesen. Offerten an die Expedition dieser Zeitung unter V. R. 178.

**Ansichtspostkarten** empfiehlt die Volksbuchhandlung

**Bauschule Rastede** (Old.-burg).
Meister- und Polier-Kurse
Vollständige Ausbildg. i. 5 Monaten.
Ausführl. Progr. frei.

**Hausarbeiterinnen**

gesucht von

**Heilbrun & Pinner, G. m. b. H., Geiststraße.**

# Bettstellen

für Erwachsene . . . . . Stück von 82.50 bis 8.75
Kinderbettstellen . . . . . Stück von 39.00 bis 7.50
Matratzen . . . . . Stück von 66.00 bis 4.75

## Fertige Betten

in beliebiger Ausführung.

Bettfedern, doppelt gereinigt, Pfd. von 4.70 bis 50 Pf.
Daunen, Ia Qualität . . . . . Pfd. von 6.00 bis 4.00

## Bettbezüge

bunt, Deckbett und 2 Kissen, fertig genäht, v. 8.70 b. 3.50
weiß, Deckbett und 2 Kissen, fertig genäht, v. 18.30 b. 3.90

Große Auswahl

Bett-Bezugstoffe, weiß u. bunt, Bettdecken, Bettinletts, Bettlaken, Schlafdecken

in besten Fabrikaten

zu denkbar billigsten Preisen.

**Brummer & Benjamin**

Große Ulrichstraße 22/24.

Soeben erschienen:

**Der Neue Welt-Kalender 1913.**

37. Jahrgang.

Reich illustriert. Reich illustriert.

Preis 40 Pfennig.

Zu beziehen durch die

**Volks-Buchhandlung.**

Halle a. S., Harz 42/43.

**Frauen**

brauchen bei Störung. u. Unregelmäßigkeit. sow. Weißfluß nur Dr. Scheidig's Salfuerol. Garant. unschädlich. Pulver 4 M., Tropfen 6.50, 8—10 M., sow. sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst. Pfl.-Dep. **Dr. Conrad Scheidig,** Halle a. S., Grafeweg 3a. p. l. Damenbedienung. Rückporto.

**Fliegenschränke,**

sauber und billig, bei

**C. F. Ritter,**

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

**Kleiderschränke**

mit Kasten 26, 30, 38, 48—60 M, Vertiko 38, 48, 55—75 M, dauerhafte Bettstellen m. gutgearbeiteten Matratzen 35, 40, 45—75 M, Wasch- u. Nachttische, hellgraue moderne Küchen-Einrichtungen (komplett) 55, 65, 75—125 M (in großer Auswahl stets auf Lager) verkauft

**Max Jungblut,**

Albrechtstrasse 37.
Erstes Geschäft vom Friedrichsplatz.

**Reisekoffer,**

Gesellenkoffer
mit extragutem Verschluß,
Reisetaschen,
Solide Markttaschen
in bester Sattlerarbeit
— zu billigsten Preisen. —

**Paul Göldner,**

Kofferfabrik,
Halle a. S., Leipzigerstr. 79.
5 % Rabatt (Rabatt-Spar-Verein).

**Wanzen mit Brut**

sowie sämtl. Ungeziefer vertilgt durch chemische Vergasung innerhalb 6 Stunden Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer, Mauerstraße 2. Telephon 3645.

**Unreiner Teint,**

Pickel, Mitesser, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum v. Zucker's Patent-Medizinal-Seife, à St. 50 Pf. (15% ig) und 1,50 M. (36% ig, stärkste Form) in Strupdicke eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zucker's Creme (à 50 Pf., 75 Pf. 2c.) nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In sämtl. Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

**Rucksäcke**

für Damen, Herren und Kinder.

**C. F. Ritter,**

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

**Braun-Bier,**

täglich frisch, empfiehlt

**Günthers Brauerei.**

Verkauf nur 7½—12 u. ½2—½6 Uhr.

Soeben erschienen:

**Wahrer Jakob 1912**

Nr. 17.

Preis 10 Pf.

**Gleichheit**

Nr. 23.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

**Volksbuchhandlung,**

Harz 42/43.

Kinderwagen, Klappwaschtisch, Bettstellen mit Matratzen zu verkaufen.
Große Märkerstraße 4, II.

Infolge großer Nachfrage:

**Dienstag**

großer

# Seefisch-Tag.

Ware von bekannter Güte:

Goldbarsch Pfd. 19 Pf.
Bratschellfisch
Seelachs ohne Kopf
Kabeljau ohne Kopf Pfund 25 Pf.
Karbonaden vollständig bratfertig Pfund 30 Pf.
Seehecht Pfund 38 Pf.
Knurrhahn Pfund 30 Pf.

Alle anderen Seefische ebenfalls vorrätig.

Aus eigener Räucherei:

Stückenflundern ½ Pfd. 35 Pf.
Seelachs ½ Pfd. 20 Pf.
geräuch. Schellfisch ½ Pfd. 20 Pf.

Kleine

**Kieler Bücklinge**

fett und zart Stück 5 Pf.

**Nordsee,**

größter Seefischhandel der Welt.

Vertreter: Albert Asmuss.

**Frauen**

bei Ausbleiben monatl. Abgänge wenden sich vertrauensvoll an Frau P. Brune, Oberhausen, Rheinl., Fürstenstr. 14. — Rückporto erbeten. — Frauen-Katal. gratis.

**Rucksackstütze,**

„Touristenfreund", erleichtert das Tragen der Rucksäcke.

**C. F. Ritter,**

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

**Waschgefäße,** dauerhaft, billigst.

**Zander,** Gr. Klausstraße 12.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

**Haben Sie**

schon meine Spitzkugeln (Honigkuchen mit Schokolade überzogen) probiert? Ich machte Sie gern als Kunden haben.

**Carl Hooch,** Breitestrasse 1, Marktplatz, i. Turm und Leipzigerstrasse 61/62.

Morgen u. jed. Dienstag
— Schlachtefest. —
**Joh. Fischer,**
Große Gosenstraße 39.

Jeden Dienstag:
**Schlachte-Fest.**
**O. Grabaum,**
Mansfelderstraße 3.

Morgen, Dienstag
**Schlachtefest.**
**O. Knoche,**
Robert Franzstr. 7.

**100 Stck. Stühle**

von **2.00** M. an

Tische mit Eichenplatte, Marmortische, Plüschbänke, Garderobenständer, Bierdruck-Apparat, Pianino vk.

**Friedrich Pelleke,**

— Geiststrasse 25. —

**: Mit Rucksack : und Wanderstab**

Von Jürgen Brand.

Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

— Preis 20 Pfg. —

Zu beziehen durch

**Volksbuchhandlung.**

# Apollo-Theater.

Direktion Gustav Poller.
Allabendlich: 8,10 Uhr:
Mit beispiellosem Erfolg!

**„Napoleon Bonaparte"**

oder **Vor 100 Jahren.**

Napoleon I. . . A. Hübener, Kgl. Preuß. Schauspieler a. D.

**Schachspiel**

Mit Anleitung zum Spielen.
Das interessanteste aller Spiele

**Preis 20 Pfg.**

Volks-Buchhandlung.

**Frühstücksdosen**

zum Umhängen, für Kinder,

**C. F. Ritter,**

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

## Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 10. Aug.

**Aufgeboten:** Eisenbahndienstanwärter Herrmann u. E. Pötter (Halle u. Charlottenburg). Bergmann Thurm und F. Sander (Schmalzerode und Stedten).

**Eheschließungen:** Buchhalter Bottig und Grechen Mittler (Kl. Brauhausstraße 23 und Oleariusstraße 8). Kaufmann Karl und Helene Röseler (Anhalterstr. 1 u. 13). Zimmermann Hahn und Gertrud Grünewald (Forsterstraße 22 u. 18). Geschirrführer Klotsch und Anna Fröhlich (Kleine Klausstraße 5 und Bäckerstraße 3). Eisendreher Schwarz und Hedwig Obenauf (Gera und Sagisdorferstraße 5). Bankkassierer Hanft und Frida Hartung (Magdeburgerstraße 34 und Friesenstraße 1). Gärtner Krone und Anna Thiede (Am Bauhof 1). Maschinentechniker Mengel und Hedwig Jochade (Pfälgerstr. 5). Arbeiter Schmidt und Pauline Starke (Kl. Sandberg 18).

**Geboren:** Arbeiter Römer S. (5. Vereinsstraße 10). Kaufmann Kolle S. (Freimfelderstraße 7a). Kutscher Grubne T. (Gr. Märkerstraße 17). Tischler Müller S. S. (Glaucharerstraße 32). Heizer Krone T. (Merseburgerstraße 163).

**Gestorben:** Luise Heist, 23 J. (Dreyhauptstr. 5). Zimmermanns Hans S., totgeb. (Merseburgerstraße 48). Invaliden Schröder Ehefrau Auguste geb. Knoblauch, 71 J. (Böckstraße 9). Arbeiter Franke aus Iäventz, 16 Jahre (Kiliuth). Zimmermanns Hans Ehefrau Anna geb. Konniger, 22 J. (Merseburgerstraße 48).

**Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a).** 10. August.

**Eheschließungen:** Mechaniker Friedland und Ida Kaiser (Wilhelmstraße 34 und Merseburgerstraße 105). Arbeiter Pfeifer und Käte Scheidner (Kröllwitzerstr. 11 und Felsenstraße 7). Böttcher Ritter u. Martha Christall (Diemitz und Schulberg 12). Stadtbahnschaffner Naumann und Hedwig Schneider (Reilstraße 63). Stellmacher Mittag und Ida Oberberg (Brandenburg u. Ufer. 20). Reichsbankbeamte Räumann und Luise Hentschel (Barmen und Henriettenstraße 27). Buchhalter Reisener und Marie Buggisch (Freiberg i. S. u. Ludw. Wucherer-straße 15).

**Geboren:** Maschinisten Peters aus Johannsthall bei Trebitz S. (Weidenplan 6). Buchdrucker Theuring T. (Gr. Wallstraße 42). Töpfermeister Pawlowski Sohn (Festenstraße 7). Geschirrführer Güldenpfennig Tocht. (Harz 51). Kaufmann Zilliger S. (Weidenplan 27). Schmied Schütze T. (Bernburgerstr. 16).

**Gestorben:** Gärtner Busch, 26 J. (Göbenstr. 27). Kernmachers Meß T., 5 Mon. (Gr. Gosenstr. 2).

**Danksagung.**

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen, sagen wir allen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, unseren aufrichtigsten Dank.

Besonderen Dank dem Arbeiter-Sänger-Chor für den erhebenden Gesang und dem Genossen Studt für seine trostreichen Worte am Grabe.

**Familie Rud. Sichting.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unserer teuren Entschlafenen, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, und allen, die ihren Sarg mit Kränzen schmückten, unsern herzlichsten Dank.

**Ferd. Holland nebst Kindern.**

# Arbeiter-Verbände und -Vereine

geben ihre Drucksachen der

**Genossenschaftsbuchdruckerei,**

Halle a. S., Harz 42/43,

der ihnen am nächsten stehenden Druckerei des Volksblattes, in Auftrag. Dort werden sie prompt und preiswert bedient.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120813-10/fragment/page=0004

# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 187 — Halle a. S., Dienstag den 13. August 1912 — 23. Jahrg.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Unsere Gewerkschaften haben mit Ausnahme des Jahres 1906 noch nie solchen Zuwachs zu verzeichnen gehabt, wie im Vorjahr. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände betrug nach der im Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlichten Statistik im Durchschnitt des Jahres 1910: 2 017 298 1911 dagegen 2 320 986. Die Zunahme beträgt 15,05 Prozent, gegenüber 10,07 Prozent im Jahre 1910. Etwas höher als die Jahresdurchschnittsziffer ist die am Jahresschlusse 1911 von den Gewerkschaften erreichte Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich, daß unsere Zentralverbände die Zahl von 2,4 Millionen Mitgliedern überschritten haben. Sie zählten am Ende des Jahres 2 400 018 Mitglieder gegen 2 128 021 am Ende des Vorjahres. Das Mehr beträgt hier 271 997. — Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, ist um 21 447 höher, betrug also Ende 1911 2 421 465. Das Mehr entfällt auf die beiden Verbände der Landarbeiter und der Hausangestellten, die zum ersten Male in der Statistik gesführt werden, wenn auch nicht als Gewerkschaften im engeren Sinne des Wortes. Die Zunahme der Mitgliederzahl dieser beiden Verbände im Berichtsjahre betrug 7005.

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat sich seit dem Jahre 1893, dem Jahr des tiefsten Standes, mehr als verzehnfacht. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkschaften ergibt, daß seit 1900 die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkvereine sich um 17,5 Prozent, die der christlichen Gewerkschaften um 113,4 Prozent vermehrte, dagegen stieg die der Zentralverbände um 241,1 Prozent, bei Hinzurechnung der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter sogar um 243,9 Prozent.

Durch den Zusammenschluß des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes zu einem Bauarbeiterverband, und durch den Anschluß der Isolierer an diesen großen Verband, wurde die Zahl der der Generalkommission angeschlossenen Verbände um zwei verringert. Nur vier Verbände wiesen unbedeutende Rückgänge ihrer Mitgliederzahlen auf. So zählten die Kürschner 180, die Lithographen 186, die Schiffszimmerer 404 und die Xylographen 17 Mitglieder weniger als im Vorjahre, zusammen eine Abnahme von 787, der eine Zunahme von 304 475 in den übrigen Verbänden gegenübersteht.

Nach der Höhe der Mitgliederzahlen geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1911 Mitglieder: Metallarbeiter 494 177, Bauarbeiter 290 136, Fabrikarbeiter 182 902, Transportarbeiter 181 570, Holzarbeiter 176 838, Textilarbeiter 126 547, Bergarbeiter 120 975, Buchdrucker 63 903, Zimmerer 58 745, Maler 47 315, Schneider 46 534, Schuhmacher 45 341, Brauerei- u. Mühlenarbeiter 45 289, Gemeindearbeiter 43 808, Tabakarbeiter 34 393, Buchbinder 29 599, Steinarbeiter 26 871, Bäcker und Konditoren 25 218, Maschinisten 23 095, Lithographen 17 029, Buchdruckhilfsarbeiter 16 305, Glasarbeiter 16 226, Schmiede 16 082, Porzellanarbeiter 15 691, Lederarbeiter 15 289, Handlungsgehilfen 14 377, Sattler und Portefeuiller 13 540, Gastwirtsgehilfen 12 689, Töpfer 12 624, Steinsetzer 10 706, Steinarbeiter 10 402, Hutmacher 9822, Tapezierer 9671, Böttcher 8260, Dachdecker 8206, Bureauangestellten 6572, Gärtner 6113, Kupferschmiede 4807, Fleischer 4765, Glaser 4613, Kürschner 4189, Bildhauer 3723, Schiffszimmerer 3666, Zigarrensortierer 3172, Lagerhalter 2628, Friseure 2170, Zivilmusiker 1886, Asphalteure 1113, Blumenarbeiter 1076, Xylographen 453 und Notenstecher 442. Dazu kommen die Landarbeiter mit 13 228 und die Hausangestellten mit 5571 Mitgliedern.

Erfreulich ist die seit Jahren stetige Zunahme der Zahl der organisierten Arbeiterinnen. Sie war im Berichtsjahr prozentual (18,4 Prozent) sogar noch ein wenig höher als die allgemeine Mitgliederzunahme; 191 332 weibliche Mitglieder wurden 1912 gezählt gegenüber 161 512 im Jahre 1911. Von unseren 51 Verbänden zählen 18 keine weiblichen Mitglieder. Es hatten weibliche Mitglieder: Textilarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 108, Fabrikarbeiter 21 853, Tabakarbeiter 16 870, Buchbinder 14 127, Schneider 9363, Buch- und Steindruck-Hilfsarbeiter 9323, Handlungsgehilfen 8679, Schuhmacher 7939, Transportarbeiter 6479, Holzarbeiter 5819, Hutmacher 4414, Bäcker und Konditoren 3736, Porzellanarbeiter 2260, Kürschner 1451, Gemeindearbeiter 1169, Sattler und Portefeuiller 1161, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1154, Lederarbeiter 1096, Zigarrensortierer 953, Gastwirtsgehilfen 744, Glasarbeiter 705, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellten 206, Lagerhalter 154, Tapezierer 129, Fleischer 106, Steinarbeiter 62, Maler 31, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseure 1 und Glaser 1.

Die Einnahmen und Ausgaben haben absolut zugenommen; auf den Kopf des Mitgliedes berechnet blieben sie jedoch hinter denen des Vorjahres zurück. Die Ausgaben gingen verhältnismäßig mehr zurück, waren doch umfangreiche Kämpfe, wie 1910 die Bauarbeiter-Aussperrung, nicht zu verzeichnen. Dadurch hat sich der durchschnittliche Kassenbestand etwas erhöht. Die Gesamteinnahmen beziffern sich auf 72 086 957 Mk. (im Vorjahre 64 372 190 Mk.), die Gesamtausgaben auf 60 025 080 Mark (im Vorjahre 57 926 566 Mk.), und die Vermögens-Bestände auf 62 105 821 Mk. (im Vorjahre 52 575 505 Mk.). Auf den Kopf der Mitglieder entfielen an Einnahmen 31,06 Mk., an Ausgaben 25,86 Mk. und an Vermögen 26,76 Mk. Die Steigerung der durch regelmäßige Beiträge erzielten Einnahmen hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht. Während z. B. im Jahre 1907 erst 25 Prozent der Verbände einen Wochenbeitrag von über 50 Pf. erhoben, haben ihn heute nahezu die Hälfte aller Gewerkschaften; und rund 46 Prozent aller Mitglieder zahlen mehr als 50 Pf. Wochenbeitrag. Aus Beiträgen wurden über 57 Millionen Mark vereinnahmt, gegen 48 Millionen Mark im Vorjahr. Neben diesen Verbandsbeiträgen erheben die meisten Verbände noch keineswegs unerhebliche Beiträge für lokale Zwecke. 65,3 Prozent der Mitglieder waren mit 7 609 702 Mk. an solchen Lokalbeiträgen beteiligt.

Unter den über 60 Millionen Mark betragenden Ausgaben steht an erster Stelle die Streikunterstützung mit 16 700 000 Mk. Für Arbeitsunfähige (Kranken-) Unterstützung wurden über 10 Millionen Mark, für Arbeitslosenunterstützung über 6 Millionen Mark, für Reiseunterstützung 1 028 000 Mark gezahlt. Für Unterstützungen an Reisende, Arbeitslose, Kranke, Gemaßregelte, bei Sterbefällen, in Notfällen und bei Umzügen wurden insgesamt 20 414 000 Mk. ausgegeben, während für Streiks im Berufe und in anderen Berufen insgesamt 17 303 000 Mk. Ausgaben entstanden. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke sind in den einzelnen Verbänden sehr unterschiedlich. So bewegen sich z. B. die Ausgaben für Unterstützungszwecke (ohne Streikunterstützung) zwischen 0,93 Mk. (Handlungsgehilfen) und 39,97 Mk. (Buchdrucker) pro Mitglied. Die Ausgaben für Reiseunterstützung variieren zwischen 0,02 Mk. (Schiffszimmerer) und 2,87 Mk. (Buchdrucker), für Arbeitslosen-Unterstützung zwischen 0,19 Mk. (Notenstecher) und 14,81 Mk. (Xylographen), für Krankenunterstützung zwischen 0,35 Mk. (Sattlerei) und 15,30 Mk. (Buchdrucker), für Invaliden-Unterstützung zwischen 0,01 Mk. (Schiffszimmerer) und 22,75 Mk. (Porzellanarbeiter). Für Streiks im eigenen Beruf schwanken die Ausgaben von 0,01 Mk. (Buchdrucker) und 51,16 Mk. (Zigarrensortierer). Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung kommt in den Verbänden immer mehr zur Einführung. Arbeitslosenunterstützung wird in 42 Verbänden, Reiseunterstützung in 39 Verbänden gezahlt. Innerhalb 20 Jahren haben die Verbände 59 Millionen Mark für diese Unterstützungszwecke aufgebracht.

Von den gegnerischen Gewerkschaften wird berichtet, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine durch den Rücktritt des Vereins deutscher Kaufleute einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten haben. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkvereine ging von 122 571 im Jahre 1910 auf 107 743 im Jahre 1911 zurück.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme von 45 828 Mitgliedern, darunter befinden sich allein über 27 000 Mitglieder weiblichen Geschlechts; ihre Gesamtmitgliederzahl stieg von 295 129 auf 340 957. Ihre größte Mitgliederzahl mit 83 588 entfällt auf die Bergleute, nach ihnen kommen die Textilarbeiter mit 42 397, die Metallarbeiter mit 41 253, die Bauarbeiter mit 39 955 Mitgliedern u. s. f.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911, unter dem Eindruck des Konflikts mit der römischen Kirche geschrieben, sucht die Existenz der christlichen Gewerkschaften als eine wirtschaftliche und soziale, sowie staatliche Notwendigkeit zu erweisen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf das Wachstum der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Das Korrespondenzblatt bemerkt dazu: „Besser kann die Nutzlosigkeit der christlichen Gewerkschaften kaum begründet werden als durch diese Tatsachen. Seit 1899, dem Gründungsjahr des christlichen Gesamtverbandes, sind 350 000 christliche Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammengekommen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder um 1 841 000 vermehrt, also um das 5¼fache des gesamten christlichen Mitgliederbestandes. Und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen stieg von 1898 bis 1912 von 2 107 100 auf über 4¼ Millionen Stimmen, also auf das Doppelte, während die Wähler der Zentrumspartei nur von 1 752 000 auf 2 035 200 wuchsen, also noch nicht einmal soviel, als die Zahl der christlich organisierten Arbeiter beträgt. Das ist in der Tat das vollständige Fiasko der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und man kann es den klerikalen und politischen Gründern derselben von ihrem Standpunkte aus nicht verargen, wenn sie mit der Entwicklung der interkonfessionellen Gewerkschaften so wenig zufrieden sind und zur Organisation der konfessionellen Arbeitervereine zurückkehren möchten. Die christliche Gewerkschaftsorganisation hat seither weder den freien Gewerkschaften noch der Sozialdemokratie wesentlichen Abbruch tun können, obzwar sie die Arbeiterinteressen vielfach ganz erheblich geschädigt hat, vor allem durch ihr wenig zuverlässiges Verhalten in Lohnkämpfen. Durch ihre Streikbruchtaktik hat sie in erster Linie sich selbst geschädigt, indem sie dadurch die ehrlich für die Verbesserung ihrer Lage wirkenden Arbeiterkreise von sich abstößt. Das erklärt auch ihr verhältnismäßig langsames Wachstum, das sehr wenig ihrem günstigen Rekrutierungsgebiet und ihrem und ihrer befreundeten Kreise Kräfteaufwand entspricht."

Die Mitgliederzahl der Unabhängigen Vereine hat sich von 253 020 im Jahre 1910 auf 272 517 im Jahre 1911 gehoben. Eine größere Bedeutung kommt neben der Polnischen Berufsvereinigung mit 57 988 Mitgliedern nur dem Berliner (früher Trierer) Eisenbahnhandwerker-Verband mit 92 000 Mitgliedern, dem Bayerischen Post- und Telegraphenarbeiter-Verband mit 13 095 Mitgliedern und dem Allgemeinen Deutschen Musikerverband mit etwa 13 000 Mitgliedern, sowie dem Badischen Eisenbahnerverband mit 11 652 Mitgliedern zu. Der modernen Arbeiterbewegung etwas näher stehen der Süddeutsche Eisenbahnerverband mit 11 815 und der Solinger Industriearbeiter-Verband mit 6040 Mitgliedern, sowie der Verband der Theater- und Kinoangestellten mit 400 Mitgliedern. — Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählte im Jahre 1911 also 3 042 203 Mitglieder und hatte eine Zunahme von 354 185 Mitgliedern. Ihre Gesamteinnahmen betrugen, ausschließlich der „Unabhängigen Vereine", 80 953 814 Mk., ihre Gesamtausgaben 67 629 149 Mk. und ihre Vermögensbestände 70 878 305 Mark. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichneten die Zentralverbände mit 303 688 = 15,05 Prozent, die christlichen Gewerkschaften mit 45 828 = 15,53 Prozent, während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um 14 828 = 12,10 Prozent zurückgingen. — Die Organisationen der Privatangestellten hatten nach dem Reichsarbeitsblatt in 62 Verbänden 822 604 Mitglieder. Und die Wirtschaftlichen Vereine (Gelbe und Vaterländische) 162 262 (1910: 121 126) Mitglieder.

Noch in keinem Jahr ist der Ansturm unserer Feinde gegen die freien Gewerkschaften so heftig gewesen wie im vergangenen. Die Scharfmacher schreien nach gesetzlichen Bedrückungsmaßnahmen gegen unsere Gewerkschaften. Hilfreiche Hand dazu bieten ihnen mehr oder minder offensichtlich die gegnerischen Gewerkschaften. Und der Erfolg? Eine fast nie dagewesene starke Fortentwicklung der zentralisierten Gewerkschaften! Am festgefügten Bau dieser einheitlichen Organisationen zerschellen alle Scharfmachereien und Zersplitterungsversuche.

---

31] **Madame Bovary.** [Nachdr. verb.]

**Ein Sittenroman aus der Provinz von Gustave Flaubert.**

**Aus dem Französischen übertragen von Jos. Ettlinger.**

Auch in ihrer täglichen Umgebung empfand man diesen eigentümlichen Zauber. Der Apotheker erklärte gewichtig:

„Es ist eine Frau von seltenen Gaben, und ich glaube, sie hätte das Zeug zu einem Unterpräfekten — allen Ernstes!"

Die Nachbarn rühmten ihre Sparsamkeit, die Patienten ihre Höflichkeit, die Armen ihre freigebige Milde.

Ihr ganzes Innere aber war aufgewühlt von Ingrimm, Haß und unbefriedigter Begier. Hinter diesem klösterlich glatten Kleide verbarg sich ein leidenschaftlich verzehrtes Herz, und die scheinbar so keuschen Lippen verrieten nichts von der heimlich verbissenen Qual. Sie liebte Leon — und sie suchte die Einsamkeit, um sein Bild desto ungestörter zum Gegenstand ihrer unerfüllten Träume machen zu können, deren bitter-süße Wollust selbst sein eigner Anblick verscheuchte. Das Nahen seiner Schritte verursachte ihr Herzklopfen: erschien er selbst, so verschwand ihre Aufregung und verwandelte sich in ein Gefühl der Selbstvergessenheit und schließlich in Schwermut.

Leon ahnte nicht, wenn er entmutigt und verzweifelt von ihr ging, daß sie ihm vom Fenster aus die Straße hinab nachspähte, bis er ihrem Gesichtskreis entschwand. Sie überwachte unausgesetzt alle seine Schritte, studierte jede Veränderung seiner Züge; sie log selbst einmal eine ganze Geschichte zusammen, um einen Anlaß zu finden, in sein Zimmer zu dringen. Die Frau des Apothekers schien ihr beneidenswert, weil sie mit ihm unter demselben Dache schlafen durfte; und den ganzen Tag flogen ihre Gedanken nach dem Hause drüben am Markt, gleich den Tauben aus dem Goldenen Löwen, die sich dort niederließen, um in den Dachrinnen ihre staumigen Füße und weißen Flügel zu baden.

Und je mehr sie sich ihrer Leidenschaft bewußt ward, desto stärker ward ihr Bemühen, sie zurückzudrängen, im Banne zu halten und vor fremden Augen zu verbergen. Sie hätte gewünscht, daß Leon wenigstens etwas davon bemerkte, daß ein Zufall, ein unbewachter Augenblick ihm alles verraten hätte. Was sie davor zurückhielt, war die angeborene Unentschlossenheit oder wohl auch das Schamgefühl. Sie sagte sich, daß sie ihn schon zu weit von sich abgestoßen habe, daß es jetzt zu spät und alles verloren sei. Und dann vermochten der Stolz und die Befriedigung, sich zu sagen: „Ich bin rein geblieben!" und sich mit dem Angesicht einer Dulderin im Spiegel zu betrachten, sie wenigstens auf Augenblicke über ihr eingebildetes Opfer zu trösten.

Die gefesselte Sinnlichkeit, der unbefriedigte Hang zu Raffinement und Luxus, die Entbehrungen des Herzens, alles verleinte sich, ihr Leiden zu erhöhen. Und anstatt ihre Gedanken auf andere Wege zu bringen, hing sie ihnen nur immer beharrlicher nach und suchte förmlich eine Stärke darin, sich selbst zu peinigen. Jede Kleinigkeit war ihr ein Anlaß dafür. Ueber ein ungeschickt serviertes Gericht, eine offengelassene Tür konnte sie sich innerlich ebenso aufregen, wie über die Lebensfreuden, auf die sie verzichten mußte, über das Glück, das sie zu fliehen schien, über ihre allzu verstiegenen Träume und über das enge, dumpfe Haus, in dem sie sich gefangen sah.

Was sie vollends außer sich bringen konnte, war die Tatsache, daß Charles von diesem qualvollen Zustand nicht das mindeste bemerken wollte. Die Selbstverständlichkeit, mit der er annahm, daß sie sich an seiner Seite vollkommen glücklich fühlte, empfand sie wie einen Schlag ins Gesicht und als den krassesten Undank eines schwachköpfigen Egoisten. Für wen blieb sie denn tugendhaft? War's nicht für ihn, — ihn, der für sie das lebendige Hindernis jeder Glückseligkeit war, der letzte Grund ihres lebenslänglichen Elends, Anfang und Ende der lästigen Fessel, die sie allenthalben drückte und ihr ins Fleisch schnitt!?

Auf ihn konzentrierte sich darum aller Haß, aller gärende Groll, der sich bei ihr anstaute und jeder Versuch, sich selbst versöhnlicher zu stimmen, machte nur alles noch schlimmer; dieses vergebliche Beginnen stimmte sie noch feindseliger, noch zerfallener mit sich und ihrer Umgebung. Die sanftmütige Art selbst, wie sie sich nach außen zu geben wußte, brachte sie nur auf die entgegengesetzten Gedanken. Die Armseligkeit im eigenen Hause ließ sie in überhitzte Vorstellungen von Pracht und Luxus verfallen, die erheuchelte Gotteszärtlichkeit stellte ihr die Sündigkeit des Ehebruchs noch lockender dar. Sie hätte gewünscht, daß Charles sie roh, brutal behandeln — schlagen möge, nur um ein desto größeres Recht zu haben, ihn zu verabscheuen, zu hintergehen. Manchmal erschrak sie selbst über die Irrwege, auf denen sie sich in Gedanken ertappte: — und dabei galt es, stets ein Lächeln auf den Lippen zu haben, dabei mußte sie sich selber die Lüge plappern hören, daß sie glücklich und zufrieden sei, mußte sie den Schein aufrecht erhalten, als sei sie es wirklich! . . .

Bisweilen überwältigte sie der Ekel vor diesem Komödienspiel. Dann empfand sie ein unwiderstehliches Verlangen, mit Leon auf und davon zu gehen, einerlei wohin, nur weit, weit fort, um ein neues Leben anzufangen, — frei zu sein! Dann war sich wieder ein dunkler Abgrund vor ihr auf, vor dem sie zurückschauderte:

„Er liebt mich überhaupt nicht mehr", sagte sie sich. „Was soll ich noch hoffen, von wem noch Trost oder Hilfe erwarten, oder Erleichterung?"

In solchen Augenblicken saß sie wie zerschmettert da, schluchzend, mit fliegendem Atem, unfähig, sich vom Platze zu rühren . . .

„Aber weshalb sagen Sie dem Herrn nichts davon?" fragte das Mädchen, das sie eines Tages in solchem Zustand überraschte.

„Es sind meine Nerven", fertigte Emma sie ab. „Daß du ihm nichts davon sagst, hörst du? — Er regt sich höchstens auf!"

„Ach Gott", sagte Felicie teilnahmsvoll, „Sie sind gerade so, wie die kleine Guérine, die Tochter vom alten Guérin, dem Fischer in Rollet, die mit mir in Dieppe gedient hat, ehe ich zu Ihnen kam. Die war so traurig immer, so traurig, daß sie manchmal aussah wie ein Leichentuch. Ich glaube, sie hatte so eine Art Nebel im Kopfe, aber die Aerzte konnten ihr nicht helfen und der Herr Pfarrer auch nicht! Wenn sie dann ihre Anfälle hatte, ging sie allemal ganz allein ans Meeresufer, und dort haben sie manchmal die Zollwächter auf ihrer Tour gefunden, wie sie platt auf dem Bauche lag und in die Kiesel hineinweinte. Später, nach ihrer Heirat, hat es sich aber ganz verloren, hab' ich gehört."

„Und bei mir", sagte Emma, „ist es erst nach meiner Heirat gekommen . . ."

### VI.

Eines Abends, als sie am offenen Fenster saß, den Arm auf den Sims gestützt, und Lestiboudois, dem Küster, zusah, wie er im Gärtchen drunten den Buchs beschnitt, hörte sie plötzlich das Angelusläuten durch die Abendstille herübertönen.

Es war anfangs April, und die Schneeglöckchen blühten. Ein lauer Wind strich über die frisch aufgeharkten Beete, und allenthalben rüsteten sich die Gärten schon zum frohen Farbenfeste des Sommers. Durch die Scheiben des Gartenhäuschens sah man weit hinaus auf das grüne Wiesenland, durch das der Bach in mutwilligen Windungen sein schimmerndes Band zog. Der Dunst des Abends lag schon zwischen den kahlen Pappeln und ließ ihre Aeste in zartvioletten Konturen hervortreten, als seien sie mit einem wunderbar durchsichtigen Schleier umwoben. In einiger Entfernung trieben heimkehrende Viehherden vorüber, ohne daß ihr Stampfen und Brüllen bis an Emmas Ohr herüberdrang. Und über dies friedliche Gemälde des scheidenden Tages hinweg klang in klagender Monotonie das Beiern der kleinen Angelusglocke . . .

Bei ihrem gleichmäßigen Läuten erwachte in der jungen Frau die Erinnerung an längst vergangene Tage, an ihre Jugend- und Klosterzeit wieder. Vor ihren Augen tauchten wieder die großen silbernen Kandelaber auf, die auf dem Hochaltar neben blumengeschmückten Vasen und dem säulengetragenen Tabernakel gestanden hatten. Sie empfand eine Art Sehnsucht, wieder in der langen Reihe von weißen Schleiern zu knien, die nur dann und wann durch die schwarze Kapuze einer der andächtig vorgebeugten Klosterschwestern unterbrochen wurde. Sie sah sich wieder des Sonntags in der Messe, das Gesicht zu dem verklärten Bilde der Mutter Gottes erhoben, das ihr zu den bläulichen Wolken des aufwirbelnden Weihrauchs entgegenstrahlte. Eine eigene Rührung griff ihr plötzlich ans Herz. Sie fühlte sich weich und hingebend gestimmt und so widerstandslos, wie ein Federchen im Winde; und halb mechanisch, ohne zu wissen warum, war sie mit einem Male auf dem Wege zur Kirche, einzig in dem Wunsche, wieder einmal aufzugehen in andachtsvoller Inbrunst, hinauszufliehen aus dem kleinlichen Elend des Tages . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120813-10/fragment/page=0005

# Gewerkschaftliches.

### Kruppsche Wohltätigkeit für die Gelben.

Unter dem Datum vom 5. August hat die Firma Krupp folgendes Schreiben an ihren getreuen gelben Werksverein gerichtet:

„An den Vorstand des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp, Essen.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir aus Anlaß des bevorstehenden Jubiläums der Firma beschlossen haben, vom kommenden Jahre ab Erholungsurlaub für ältere und bewährte Arbeiter der Gußstahlfabrik einzuführen. Ein von Herrn und Frau Krupp von Bohlen und Halbach zur Verfügung gestellter größerer Fonds soll dazu dienen, den Lohn während des Urlaubs fortzugahlen.

Es hat uns die Ueberzeugung geleitet, daß weite Kreise der Werksangehörigen, insbesondere aus Ihrem Verein derartige vom Arbeitgeber geschaffene Einrichtungen in richtiger Weise aufnehmen und zu schätzen wissen, und wir freuen uns, daß dadurch eine schon vor einiger Zeit von Ihrem Vorstand gegebene Anregung verwirklicht wird.

Da unsere Absicht erst beim Jubiläum zur Kenntnis der Werksangehörigen gebracht werden soll, so bitten wir Sie, auch Ihrerseits vorher nichts darüber bekannt zu geben.

Hochachtungsvoll

Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft.

Das Direktorium: Hagenberg. Wiehaber."

Die Firma Krupp bleibt sich stets getreu. Brüske Abweisung und Nichtachtung von Forderungen, wenn sie von den ernsthaft zu nehmenden Arbeiterorganisationen ausgehen, „Geschenke" und „Wohlfahrten" derjenigen, die in Liebedienerei vor der Firma fast ersterben.

Also sollen die Arbeiter, d. h. solche, die sich bewährt (!) haben, vom kommenden Jahre ab Ferien erhalten, besonders die Mitglieder des gelben Werkvereins, die die Ferien benutzen werden, das Lob der Firma doppelt stark zu besingen. Die übrigen Arbeiter, die auf Menschenrecht, gute Behandlung, gute Löhne halten, die sich nicht wie Unmündige bevormunden lassen, können sehen, wo sie bleiben, die erhalten Ferien, wenn sie — gestorben sind. Die Firma Krupp teilt Gaben aus, aber sie weiß sie zu sondieren, daß grabsinnige Menschen hierbei möglichst übergangen werden. So war es immer.

### Eine Lohnbewegung von Schiffsoffizieren.

In England droht der Ausbruch eines neuen Schiffahrtsstreiks. Vor einigen Monaten wurde unter dem Namen „Nationale Union der Schiffskapitäne und Schiffskameraden" eine Organisation gegründet, die im Gegensatz zur bestehenden Vereinigung der Schiffsoffiziere eine auf modernen Grundsätzen aufgebaute Gewerkschaft sein wollte. Die Bezeichnung „national" hat in England keinen patriotischen Beigeschmack, sondern bezeichnet nur einen Gegensatz zu provinziell und will ausdrücken, daß sich die ganze Organisation auf das ganze Land erstreckt. Die neue Organisation hat jetzt ihre Forderungen an die Reeder gestellt und sie gewarnt, daß, falls sie nicht bewilligen würden, nächste Woche auf einem nicht näher bezeichneten Schiff der Streik ausbrechen werde. Später soll auf anderen einzelnen Schiffen gestreikt, dagegen die Stillegung des Verkehrs ganzer Häfen vermieden werden. Die geforderte Lohnerhöhung beträgt etwa 30 Prozent. Der Führer der Gewerkschaft Macfarlane erklärt, daß die Schiffsoffiziere in ihrem Kampfe der tätigen Sympathie der Seeleute und Heizer vergewissert worden sind. Die Schiffsoffiziere werden nicht nur um Lohnerhöhung, sondern vor allem auch um bessere Rettungsvorkehrungen und vermehrte Bemannung kämpfen.

### Nachwehen des Streiks im Londoner Hafen.

Das Londoner Streikkomitee hielt am 7. August eine fünfstündige Sitzung ab und erklärte sich dann für aufgelöst. Die noch ausstehenden Differenzen und die Interessen der Arbeiter im allgemeinen werden in Zukunft vom Londoner Distriktskomitee des Transportarbeiter-Verbandes versehen werden. Die Frage der Wiedereinstellung der noch nicht aufgenommenen Streikenden ist den einzelnen Gewerkschaften überwiesen worden. Das Getriebe im Hafen hat nun wieder sein normales Gepräge angenommen. Die große Mehrzahl der Streikbrecher, mit denen die Reder während des Streiks so viel Staat machten, ist jetzt als unbrauchbares Gesindel schleunigst entlassen worden. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Bis man sich beim nächsten Streik wieder ihrer erinnert und aus ihren Spelunken herausholt. — Es sind noch an 10 000 Streikende ohne Arbeit, davon 3000 von der Hafenbehörde und Privatunternehmern beschäftigte „permanente Leute" und 7000 Gelegenheitsarbeiter.

# Kreistags-Berichte.

### Kreistag Delitzsch-Bitterfeld.

Die diesjährige Kreisgeneralversammlung fand am gestrigen Sonntag im festlich geschmückten Lokal zum Lindenhof zu Delitzsch statt. Kurz nach 11 Uhr eröffnete der Kreisvorsitzende Genosse Burckhardt den Kreistag mit begrüßenden Worten. Nachdem der Gesangverein Vorwärts-Delitzsch recht stimmungsvoll ein Kampflied zum Vortrag gebracht, wurde in die Beratung der folgenden Tagesordnung eingetreten:

1. Jahresbericht und Rechnungslegung.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Parteitag und Bezirkstag (Stellungnahme zum Stichwahlabkommen, Reorganisation des Parteistatuts, Delegiertenwahl). Ref.: Genosse Raute.
4. Presse. Ref.: Genosse Menzel, Bitterfeld.
5. Anträge der Ortsvereine.
6. Berichiedenes.

Auf Wunsch des Referenten zum Punkt Presse wurde dieser Gegenstand zuerst behandelt. Genosse Menzel-Bitterfeld leitete seinen Bericht ein mit einigen den auf der Grube Lothringen im Dienste des Kapitals verunglückten braven Bergarbeiter gewidmeten Worten und kennzeichnete damit die fragwürdige Haltung der bürgerlichen Presse bei diesem Massenunglück. Sodann ging er auf die Verhandlungen ein, die mit dem Leipziger Agitationskomitee, sowie den Redaktionen und Preßkommissionen des Volksblattes und der Leipziger Volkszeitung in Leipzig stattfanden. Die Konferenz hatte den Zweck, Maßnahmen zu treffen, damit die Leipziger Volkszeitung nicht noch mehr in das Gebiet des Volksblattes eindringe. Der Erfolg war ein negativer. Redner bezeichnete es als ein ungesundes Verhältnis, daß neben dem zuständigen Parteiblatt noch ein anderes verbreitet würde. Wenn man die Zahl der für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen mit der Zahl der Zeitungsleser vergleiche, so müsse betont werden, daß auf diesem Gebiete noch außerordentlich viel zu leisten sei. Die Presse sei das wichtigste Kampfesmittel im Befreiungskampfe, deshalb müsse nach Kräften für Gewinnung neuer Leser gesorgt werden. Auch die Berichterstattung müsse allerorts ausgebaut und das Volksblatt mehr mit brauchbaren Berichten versorgt werden. Nach der Mitteilung des finanziellen Abschlusses des Volksblattes legte der Redner folgende Resolution vor, um deren Annahme er in ausführlichen Darlegungen ersuchte:

„Der am 11. August in Delitzsch tagende Kreistag für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld hält es für eine dringende Notwendigkeit, daß die der preußischen Parteiorganisation angeschlossenen Genossen auch ein preußisches Parteiorgan abonnieren. Es ist vor allen Dingen angesichts der kommenden preußischen Landtagswahlen sowie überhaupt für die Aktionsfähigkeit und die gesamte Tätigkeit der preußischen Parteiorganisationen von größter Bedeutung, daß die preußischen Genossen über den preußischen Wahlrechtskampf, die Verhandlungen des preußischen Landtages, über die preußischen Gemeinde-, Kreis- und Provinzialangelegenheiten und über das Verhalten der preußischen Polizei- und Verwaltungsbehörden ausführlich informiert werden. Da diese Aufgabe ein außerhalb Preußens erscheinendes Parteiblatt nicht erfüllen kann, bezeichnet es der Kreistag als Pflicht der Parteigenossen und vor allem der örtlichen Organisationen der in Betracht kommenden Orte, für Hebung des Abonnentenstandes des Halleschen Volksblattes zu sorgen. Der Kreistag ersucht die leitenden Genossen der betreffenden Orte, nachdrücklichst die Genossen, die das Hallesche Volksblatt noch nicht lesen, im Sinne dieser Resolution aufzuklären."

Mit der taktischen Haltung des Volksblattes könne man nur voll einverstanden sein, auch sei die Redaktion nach Kräften bemüht, den Inhalt des Blattes möglichst auszugestalten. Wenn noch mehr Fortschritte erzielt werden sollen, dann müsse an dem Ausbau des Blattes gearbeitet werden. Dies sei nur möglich durch eine Erhöhung des Abonnementsgeldes, die über kurz oder lang kommen müsse.

In der darauf folgenden ausgiebigen Diskussion betonte Genosse Graupe-Delitzsch mit Nachdruck, daß diesem Uebelstand des Nebeneinanderbestehens zweier Parteiblätter abgeholfen werden müsse. Die Schuld liege vor allen Dingen an denjenigen Genossen, die anstatt für das Volksblatt für die Leipziger Volkszeitung lediglich aus materiellem Interesse Propaganda trieben. Es müsse einmal energisch danach getrachtet werden, diesen der Entwicklung der Parteibewegung hinderlichen Konkurrenzkampf aus der Welt zu schaffen. — Genosse Raute unterstrich die Ausführungen des Referenten, soweit sie sich auf den nicht befriedigenden Abonnentenstand des Volksblatts bezogen. Es sei ein gesundes beschämendes Verhältnis, wenn den rund 13 000 Reichstagswählern nur 3000 Leser der Parteipresse gegenüberständen. Beim bevorstehenden Quartalswechsel müsse alles versucht werden, um dieses Mißverhältnis zu beseitigen. Ueberall müßten die Genossen energisch Hausagitation betreiben. Daß in Eilenburg die Leipziger Volkszeitung dem zuständigen Bezirksorgan vorgezogen würde, läge in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Eilenburg sei gewissermaßen ein Vorort von Leipzig. (Heiterkeit und Widerspruch.) Jedenfalls würden aber die leitenden Genossen alles tun, um die Eilenburger Parteigenossen davon zu überzeugen, daß sie in erster Linie das Volksblatt zu abonnieren hätten. Diese leidigen Klagen dürften nicht mehr den Kreistag beschäftigen. Sollte es zutreffen, was kaum zu glauben sei, daß sich einzelne Genossen lediglich aus materiellem Interesse heraus der Agitation für das nicht zuständige Blatt widmeten, dann müßte ihr Verhalten aufs schärfste verurteilt werden. Redner erklärte sich mit der vorgeschlagenen Resolution einverstanden, auch mit einer eventuellen Erhöhung des Abonnementsbetrages auf 70 Pf. — Außer den Elenburger Genossen, die allerlei mehr oder weniger stichhaltige Entschuldigungsgründe für die unleidlichen örtlichen Zeitungsverhältnisse ins Feld führten, vertraten sämtliche Redner den ganz richtigen Standpunkt, daß es nur im Interesse des Kreises läge, wenn nur ein Blatt gelesen würde. Es sei gänzlich ausgeschlossen, daß die Nichtleser des Volksblatts über die Vorgänge im Kreise unterrichtet seien. — Genosse Frommhold-Halle (Preßkommission) betonte gleichfalls, daß die Schuld zum großen Teil den Eilenburgern zuzumessen sei, denn, würde das Volksblatt sofort nach Ankunft verbreitet und nicht bis zur Ankunft der nächsten Nummer des Leipziger Parteiblatts liegen gelassen, dann würden die Klagen über seine angebliche Unaktuellität verstummen. Die von zwei Diskussionsrednern vorgebrachten Beschwerden über Nichtaufnahme oder Kürzung von Berichten wurden mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß es nicht angängig sei in der gewünschten umfänglichen Weise über Lokalkämpfe zu berichten, denn dann würde das Strafkonto noch erhöht und der Sache kein besonderer Dienst erwiesen. — Genosse Krippendorf-Gräfenhainichen wünschte den Abdruck von Börsenberichten, Münzer-Delitzsch die Einrichtung eines Versammlungskalenders, ähnlich wie ihn die Gewerkschaftsblätter hätten, während endlich Lehmann-Greppin das Ersuchen an den Verlag richtete, mit der Gratislieferung von Agitationsmaterial nicht sparsam zu sein. Die bürgerlichen Blätter überschwemmten die Arbeiterwohnungen geradezu mit ihren geistlosen Produkten. — Geschäftsführer Ilgner ersuchte gleichfalls überall Hausagitation vorzunehmen; Material stehe den Genossen stets und in jeder Anzahl zur Verfügung. Für Eilenburg werde der Verlag besondere Opfer bringen. Wenn dann keine gesunden Verhältnisse Platz greifen, dann läge das dann am Willen der dortigen Genossen, die ihren Worten nicht die entsprechenden Taten folgen lassen. — Redakteur Kasparek führte aus, daß brauchbare Berichte stets Aufnahme fänden, man möge nur fleißig und vor allen Dingen rasch berichten. Redner beschäftigte sich des längeren mit der Angelegenheit Eilenburg, wobei er hervorhob, daß die Schuld an diesen unerträglichen Zuständen sowohl den Eilenburger als auch den Leipziger Genossen beizumessen sei. Wenn das auffällige Mißverhältnis zwischen der Zahl der politisch Organisierten und der Bezieher der Parteipresse ein besseres werden solle, dann müssen die Konkurrenzstreitigkeiten durch ein Radikalmittel aus der Welt geschafft werden.

Die Resolution Menzel gelangte sodann einstimmig zur Annahme.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 57 Delegierten, darunter drei weiblichen. Außerdem waren zugegen, die fünf Mitglieder des Kreisvorstandes, die Genossen Gerig als Vertreter der Agitationskommission, Frommhold der Preßkommission, Ilgner des Verlags und Kasparek der Redaktion des Volksblattes.

Zum Punkt Jahresbericht und Rechnungslegung verwies der Vorsitzende auf den im Volksblatt bereits veröffentlichten Bericht und bemerkte, daß seitens der einzelnen Orte die Berichterstattung anscheinend als eine lästige Arbeit aufgefaßt worden sei. Demzufolge sei auch der Bericht der Kreisleitung nicht so ausgefallen, wie es hätte sein müssen. In Zukunft müsse die Berichterstattung etwas ausführlicher und genauer sein. Redner betonte, daß noch ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten sei, wenn die erzielten Erfolge nicht in Frage gestellt werden sollen.

Den Kassenbericht gab der Kassierer Genosse Klingner. Die Einnahme betrug 17 532,88 Mk., die Ausgabe 16 381,50 Mk., sodaß ein Kassenbestand von 1151,38 Mk. verbleibt. Der Abschluß sei aber, so betonte der Berichterstatter, nur scheinbar ein so günstiger. Nach Erfüllung der Verpflichtungen würde sich der Kassenbestand wesentlich verringern. Auf Antrag des Genossen Heynemann wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der letztere Redner wies noch darauf hin, daß die einzelnen Ortsvereine satzungsgemäß ihre vollen Beiträge an die Kreiskasse abzuführen hätten und nicht alle möglichen Kleinigkeiten abgezogen werden dürften.

Genosse Raute sprach sein Bedauern darüber aus, daß sich unter den Delegierten so wenig Genossinnen befänden. Weiter wies der Redner auf das Mißverhältnis der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Zahl der Parteimitglieder zu den abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen hin. Auch das schlechte Mißverhältnis der Wahlberechtigten zu den Volksblattlesern müsse nach Möglichkeit beseitigt werden. Wir stehen vor großen Aufgaben. Im nächsten Jahre haben wir die preußischen Landtagswahlen, die nicht etwa nur geführt würden, um ein Mandat zu erobern, sondern um unsere Ideen unter die Massen zu bringen. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß im Bälde das Volk wieder zur Reichstagswahl schreiten müsse. Da gelte es gerüstet zu sein, in organisatorischer und finanzieller Hinsicht. — An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Genossen Rauchfuß-Holzweißig, Schmidt-Eilenburg und Thäle-Holzweißig, die zu dem Bericht nur einige unbedeutende Ergänzungen machten. Genosse Kasparek-Halle wies auf die Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung hin und ersuchte die Delegierten, den Bezirksvertrauensmann der arbeitenden Jugend bei seiner schwierigen Arbeit nach Kräften zu unterstützen.

Genosse Raute referierte sodann über: Parteitag und Bezirkstag, die Stellungnahme zum Stichwahlabkommen und die Reorganisation des Parteistatuts. Redner führte aus, daß der diesjährige Parteitag in Chemnitz schon deshalb von großer Wichtigkeit sei, weil dort die Reorganisation der Partei vorgenommen werden solle. Er ging sodann auf den Entwurf ein und betonte, daß man dem Vorschlag auf die generelle Einführung des Zehnpfennig-Wochenbeitrags nur zustimmen könne. Der vorgeschlagene Parteiausschuß würde eine viel zu schwerfällige Einrichtung sein. Auch fördere er die Dezentralisation der Partei, was durchaus nicht von Vorteil sei. — Die Bezirksvertreterkonferenzen, wie sie jetzt üblich seien, würden den Parteivorstand viel besser informieren können. Das bureaukratische Element im Parteivorstand müsse beseitigt werden, damit dieser aktionsfähiger würde. Das geschehe am besten durch die Hinzuziehung von etwa sieben politisch geschulten Genossen als Beisitzer. Der Parteiausschuß sei in keiner Weise geeignet, den Wünschen der Genossen Rechnung zu tragen. Ein großer Fortschritt wäre, die bisherige Beisitzerin als Sekretärin anzustellen und das selbständige Frauenbureau aufzuheben. Mit der Beschränkung der Vertretung der Reichstagsfraktion könne man sich nicht einverstanden erklären. Die Kontrollkommission solle verstärkt und ihre Rechte erweitert werden. Redner ersucht die Delegierten, sich seiner Anschauung anzuschließen und den Delegierten zum Parteitag demgemäß zu instruieren. Zu dem Stichwahlabkommen übergehend, bemerkte Redner, daß sich der Unwille der Parteigenossen nicht gegen das Abkommen an sich richtet, sondern gegen die noch nicht dagewesene „Dämpfung" des Wahlkampfes in solchen Wahlkreisen, in denen wir mit den Fortschrittlern in engerer Wahl standen. Das Abkommen hätte einen Wert gehabt, wenn die Fortschrittler es ehrlich gemeint hätten. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Man denke nur an die Kreise Bautzen, Oschatz, Borna, Mansfeld, Potsdam, Schwerge, Jena usw. In genau 20 Kreisen haben die Freisinnigen dem schwarzblauen Block zu Mandaten verholfen. Auch im Wahlkreise Delitzsch-Bitterfeld erließen die Fortschrittler eine Wahlparole mehr zugunsten des Reaktionärs als zugunsten des Sozialdemokraten. Die Folge davon war, daß der größte Teil der Fortschrittler ins reaktionäre Lager überlief und das auch nur, weil die Schuld des schwarzblauen Blocks geradezu zum Himmel schrie. In ausführlicher Weise ging der Redner auf das schamlose Verhalten der Fortschrittler im Reichstage bei der „Beratung" der Wehrvorlage ein und betonte, daß der Freisinn seine Versprechungen, die er den Wählern während des Wahlkampfes machte, in den Rauchfang gehängt haben. Der schwarz-blaue Block sei ja wohl „zertrümmert", aber an seine Stelle sei ein schwarz-blau-gelber Block, verstärkt durch die Nationalliberalen, entstanden. Ein großer Fehler sei es auch gewesen, das Abkommen gelten zu halten. Aufs entschiedenste müsse aber gegen die „Dämpfung" protestiert werden. Genosse Raute ging dann weiter auf die einzelnen Punkte der Parteitags-Tagesordnung ein und sprach den Wunsch aus, daß der Parteitag scharfe Waffen liefern möge, um endlich zum Siege zu gelangen.

Genosse Münzer sprach den Wunsch aus, dem Abgeordneten und den Delegierten des Kreises völlig freie Hand zu lassen, wie sie sich zu den einzelnen Dingen stellten. Wenn man dem Parteivorstand den Vorwurf mache, er sei in der Marokkofrage nicht so auf der Höhe gewesen, so sei das wohl etwas zu weit gegangen. Wenn man den Massen die Entscheidung bei wichtigen Anlässen übertragen wolle, dann müsse man zu der Schaffung des Parteiausschusses kommen. Auch in der vom Referenten gestreiften Göppinger Affäre habe der Parteivorstand keinen Fehler begangen, vor allem habe er keine Parteiprinzipien verletzt. Den allgemein gegen den Parteivorstand gerichteten Vorwürfen könne er sich nicht anschließen. Der Reichstagsfraktion möge man das bisherige Vertretungsrecht auf den Parteitagen belassen, da das parlamentarische Element doch nicht überwiegen könne. Ueber das Stichwahlabkommen könne man geteilter Meinung sein, jedenfalls müsse man berücksichtigen, welchen Zweck es erfüllen sollte. — Genosse Burckhardt erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden bis auf die Delegation der Fraktion. Der Vorschlag der Reorganisationskommission treffe in dieser Beziehung das richtige. Es genüge, wenn nur ein Drittel der Fraktion zugegen sei. — Nach einem kurzen Schlußwort wurden die Delegierten zum Bezirkstag gewählt. Es sind dies die Genossen Quietzsch-Eilenburg, Stammer-Bitterfeld, Buhle-Delitzsch, Thäle-Holzweißig, Pohle-Gliesien und Lehmann-Greppin. Als Delegierter zum Chemnitzer Parteitag wurde der Genosse Burckhardt-Eilenburg gewählt.

Anträge der Ortsvereine. Genosse Rauchfuß-Holzweißig begründete einen von seinem Ortsverein gestellten Antrag, des öfteren Konferenzen der Kreise-Gemeindevertreter abzuhalten. Dem Antrag wurde zugestimmt. Einige weitere Anträge interner Natur wurden teils zurückgezogen, teils dem Vorstand überwiesen und darauf der Kreistag um ½6 Uhr mit anfeuernden Worten und einem Hoch auf die Partei geschlossen.

### Sozialdemokratischer Kreistag für Wittenberg-Schweinitz.

In dem Lokale zur Preußischen Krone in Kemberg traten am gestrigen Sonntag die Delegierten der Filiale des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz zusammen zu den alljährlichen Beratungen über die Organisationsarbeiten des verflossenen und die Agitationsarbeiten des neuen Jahres. Der hoffnungsfrohe Bericht des Kreisvorstandes brachte die besonders erfreuliche Mitteilung, daß es mit der Parteiorganisation sowie mit der Abonnentenzahl des Volksblattes in Wittenberg, dem Vorort des Kreises, endlich wieder sehr bemerkenswert vorwärts geht. Der Reichstagslandtdag Genosse Hildebrandt hielt ein gründlich durchgearbeitetes Referat über die verflossene Reichstagswahl. Er stellte darin u. a. die sonderbare Erscheinung fest, daß in einer Reihe ganz kleiner Ortschaften unsere Stimmenzahl zurückgegangen ist, trotz des allgemeinen Stimmenaufschwungs. Redner forderte eine energische Agitation in den ländlichen Orten, für die er einige praktische Winke gab. Es müsse jedoch dabei an Geldmitteln auf keinen Fall fehlen und daneben dürfe die Ausbreitung der Presse nie vergessen werden. — Das Referat und die Berichte brachten eine recht anregende Diskussion. Die nachfolgenden Wahlen ergaben die einstimmige Wiedereinsetzung des bisherigen Kreisvorstandes. Genosse Jul. Hildebrandt wurde zum Parteitag, Genosse Schayer zum Preußentag und die Genossen K. Hildebrandt, Kühner, Krüger, Kunz und Trabitz zum Bezirkstag delegiert. Der Punkt: Presse fand eine rasche Erledigung. Die Genossen erklärten sich mit der Haltung des Halleschen Volksblattes durchaus einverstanden und sprachen noch besonders für die reiche Ausgestaltung während des Wahlkampfes ihre volle Anerkennung aus. Ein Antrag auf Abdrucken der Lotterielisten wurde abgelehnt. Erfreulicherweise sprachen verschiedene Delegierte ohne Widerspruch für eine Abonnements-Preiserhöhung. — Ein Antrag, alljährlich zur Festigung des geselligen Zusammenhalts der Arbeiterfamilien ein Kreisparteifest abwechselnd in den verschiedenen Parteiorten abzuhalten, wurde nach lebhafter Diskussion angenommen. Zur Maifeier, die nächstes Jahr am Himmelfahrtstag stattfindet, sollen in allen nur möglichen Orten große Versammlungen vorbereitet werden. Der nächste Kreistag findet in Wittenberg statt. — Näherer Bericht über die interessanten Verhandlungen folgt morgen.

*

### Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz

hielt am Sonntag in Teuchern seinen Kreistag ab, der von 102 Delegierten aus 41 Orten besucht war. Aus dem Jahresberichte ist ersichtlich, daß im verflossenen Jahre ein Gewinn von 600 Mitgliedern zu verzeichnen war. Der Verein zählt jetzt 5636 Mitglieder in 42 Zahlstellen. Es wurden 303 öffentliche und 426 Vereins- und Versammlungen abgehalten. Zudem kam noch die Reichstagswahl, wo es den Genossen gelang, durch intensive Agitation den Sieg an unsere Fahne zu heften und das Mandat mit 210 900 Stimmen gegen 20 800 Stimmen, die auf die beiden Gegner fielen, zurückzuerobern. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 56 250 Mk. Seit August vor. Js. wird der im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191208 13-10/fragment/page=0006

Wahlkreise erscheinende „Volksvote" in eigener Druckerei hergestellt. Der Volksvote hat jetzt eine Leserzahl von 12000 erreicht. Er schließt ab mit 131 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe. Dieses Ergebnis bezeichnete der Bericht als ein befriedigendes. Das Kreisstatut, das in seinen Grundzügen seit 12 Jahren Gültigkeit hatte, ist einer Umänderung unterzogen worden. Der Zentralisationsgedanke findet insbesondere darin stärkeren Ausdruck, daß an die Kreiskasse 60 Prozent der Einnahmen abgeführt werden müssen. Ferner wurde neben dem schon bestehenden Wochenbeitrag von 10 Pfg. für männliche Mitglieder, der Monatsbeitrag der weiblichen Mitglieder auf 15 Pfg. erhöht und ein Wahlfondsbeitrag von 10 Pfg. pro Vierteljahr eingeführt. Da sich die Beratung des Statuts bis in die Abendstunden hinzog, konnte ein Referat zu den Fragen, welche den Parteitag beschäftigen werden, nicht gehalten werden. Die Wahlen der Parteitagsdelegierten finden durch Urwahlen statt; es werden zwei Delegierte entsendet. Zum Bezirkstag in Halle werden die Genossin Bach-Weißenfels, die Genossen Gebardt und Windau-Zeitz, Thierseifer-Naumburg und Voigt-Nasberg gewählt. Nach Erledigung noch einiger weniger wichtiger Angelegenheiten wurde der anregend verlaufene Kreistag gegen ½9 Uhr geschlossen.

# Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 12. August 1912.

## Sitzung der Parteifunktionäre.

**Dienstag, den 13. August, abends 8½ Uhr, findet im Volkspark eine Sitzung der Funktionäre nach § 12 der Satzungen des Sozialdemokratischen Vereins statt.** **Der Vorstand.**

## Unser Parteifest

litt gestern unter der Ungunst der Witterung. Die Innenräume unseres Arbeiterheims waren überfüllt, denn im Garten war ein längeres Verweilen infolge der herrschenden Kühle nicht möglich. Die „höheren Gewalten" hatten uns Halleschen Sozialdemokraten — damit aber auch denen aus dem anderen Lager — einen kleinen Streich gespielt. Denn die Sonne scheint nicht bloß über Gute, sondern auch über Böse. Und die kühle Temperatur kommt über Gerechte und Ungerechte. Also insofern hätten wir eine „Gleichstellung". Die höheren Gewalten, mag man ihnen auch andichten, was man will, sind „unparteiisch". Spezialwünsche, auch Unsterblicher, das hat man bei der Kruppfeier wahrnehmen können, werden nicht erfüllt. Mancher Erdenbürger und manche von unseren „Obrigkeiten" könnten von dem Wettergott noch viel lernen. Auch die Hallesche Polizei könnte dort mal einen Kursus in Unparteilichkeit nehmen, dann würde sie bei der Genehmigung oder vielmehr Versagung von Arbeiterumzügen einen ganz anderen Maßstab anlegen. Wenn wir die vielseitigen Maßnahmen der Halleschen Polizei bei dem Versagen von Umzügen in Festesstimmung an uns vorüberziehen lassen, dann denken wir immer an Wilhelm Buschs drolligen Vers: „Wer durch des Argwohns Brille schaut, sieht Raupen selbst im Sauerkraut." Die Festesstimmung wurde denn auch durch nichts getrübt. Man dachte gestern einfach, man muß die Feste feiern, wie sie fallen.

Wetterharte Familien nahmen im Garten Platz und erfreuten sich an den Weisen der Engelmannschen Kapelle, die eine derartige Anziehungskraft ausübte, daß der Garten zeitweise ganz gut besetzt war. Die Blumenverlosung war bald beendet, denn jedes Los gewann. Nieten gab es nicht. Und so konnte manche Genossin einen schönen, wenn auch nur kleinen Schmuck für das traute Heim nach Hause tragen. An den Schieß- und Kegelständen entwickelte sich ein sehr munterer Verkehr; die Preise waren mannigfaltig und zweckentsprechend und mancher „Sieger" wurde preisgekrönt. Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder ging befriedigt aus dem Haus. Auf unsere Kleinen übte das bekannte Kasperletheater eine Hauptanziehungskraft aus. Da standen die Mädchen und Jungen und lauschten wie „festgebannt". Vielleicht schenkt man künftig den Darbietungen der Kasperletheater, die zweifelsohne auf das Kindesgemüt einen tiefen Eindruck ausüben, etwas mehr Beachtung. Eine moderne Richtung geht dahin, die Kasperletheater „ethisch ästhetisch" zu Erziehungsstätten für die Kinder umzugestalten. Ein munterer, regelrecht verlaufener Stocklaternenumzug bildete den Abschluß für das Fest der Kleinen. Die Erwachsenen unterhielten sich über politische Tagesfragen, wie das ja bei Arbeiterfesten selbstverständlich ist. Hin und wieder tauchte das düstere Ereignis bei Bochum, das Massengrab, auf. Kann nicht denjenigen, die gestern noch heiter beisammen saßen, heute im Kampf ums Dasein in diesem oder jenem Betriebe dasselbe passieren? Sicher ist heute jedem denkenden Arbeiter klar, daß das Risiko im Betriebe größer ist, als das in der Direktionsstube. Ueber das „Risiko" der Kuponabschneider wollen wir heute gar nicht reden. Und diese Ungleichheit im Klassenstaate muß mit Naturnotwendigkeit die Arbeiterschaft immer mehr und mehr zusammenschmieden. Auch in der Festesstimmung beschäftigen diese Gedanken die Arbeiterschaft. In den Innenräumen wurde das Fest durch Massengesänge mit Musikbegleitung verschönt. Die Jugend amüsierte sich im großen Saale beim Tanz. So hatten denn trotz des ungünstigen Wetters Tausende am Parteifest teilgenommen und das Komitee hatte mit Geschick seines Amtes gewaltet. So wird denn allen Teilnehmern des Festes der 11. August in angenehmer Erinnerung bleiben.

13.8.12

## Eine „hübsche" Erinnerung für die Saalezeitung

ruft der Tod des früheren Kriminalkommissars Eugen v. Tausch hervor, der von dem sonst so sensationslüsternen Blatte nur sehr oberflächlich gemeldet worden ist. Was Herr von Tausch in dem Sumpf der Berliner geheimen Polizei für eine Rolle gespielt hat, kam durch die bekannten Prozesse Leckert-Lützow 2c. in den Jahren 1896 und 1897 zur Sprache und wurde jüngst im politischen Teile unseres Blattes wieder mitgeteilt. Der Saalezeitung, die schon vor Jahren nach Sensation strebte und die jetzt mit ihren phantastischen „W. G."-Artikeln die Höhe der Sensationsmache überschritten hat, sei folgendes zur Orientierung in das Stammbuch geschrieben: Der von dem „liberalen" Blatte gegenwärtig so viel belobhudelte Londoner Botschafter, der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Marschall, sagte damals in dem Spitzelprozeß unter dem Eide vor Gericht aus:

Bald nach Herrn v. Caprivis Amtsantritt erschienen in der Saale-Zeitung und anderwärts sensationelle, geschickte Artikel, die Spitzen gegen ihn und mich und bald darauf Se. Majestät den Kaiser enthielten. Ebenso im Neuyorker Herald und im Memorial diplomatique. Wir wandten uns an die politische Polizei um Erhebungen, aber stets ohne Erfolg. Da erhielten wir, wenn ich nicht irre, anfangs 1892 ein Schreiben aus Halle von einem Herrn Fritz Brentano, der sich als Mitredakteur der Saale-Zeitung bezeichnete, worin er anzeigte, daß er dem Auswärtigen Amt den Namen des Verfassers der Skandalartikel mitteilen könne. Diesen Brief übergaben wir der politischen Polizei und baten den Herrn Brentano, nach Berlin zu kommen. Hier verhandelte im Auftrage des Auswärtigen Amtes der Hauptmann Ehmeier mit ihm. Prof. Brentano hat gesagt, daß alle diese Skandalartikel von einem Beamten der geheimen Polizei herrühren. Auch davon gaben wir der geheimen Polizei Kenntnis und baten um Ermittelungen. Wenige Tage darauf erhielt das Auswärtige Amt einen Brief von Brentano, in dem dieser sich bitter darüber beschwerte, daß man ihn verraten habe. Der Verfasser der Artikel sei in Halle gewesen auf der Redaktion und habe dort denselben Brief vorgelegt, den er, Brentano, an das Auswärtige Amt gerichtet, und er sei deshalb später aus der Redaktion entfernt worden." Weiter hatte dann Herr von Marschall noch ermittelt, daß die Skandalartikel der Blätter von den Spitzeln des Herrn von Tausch herrührten. Da man dies in dem „liberalen" Blatte, das sich sonst immer genau erinnert, wo vor zehn oder zwanzig Jahren ein Prinz dieses oder jenes getan und gelassen hat, vergessen hat, möchten wir die kleine Erinnerung auffrischen. Sollte der Allerweltsinterviewer Wilhelm Georg, der aus Kissingen wieder einen ganzen Schubkasten voll Neuigkeiten mitgebracht zu haben scheint, sich des Falles Tausch nicht erinnern, so könnte er ja den Herrn v. Marschall einmal interviewen. In Erinnerung an die früheren „angenehmen" Erlebnisse mit der Saalezeitung, wird Herr v. Marschall gern und bereitwilligst Auskunft geben. Und mehr, als wie zur Treppe hinuntergeworfen, kann man doch nicht werden?

---

* **Vom Streik der Heizungsmonteure.** Der Stand der Bewegung ist noch unverändert. Gemäß einer Bestimmung des Verbandsstatutes muß die Streikleitung nach Ablauf von vier Wochen nochmals die Unternehmer um Unterhandlungen ersuchen. Zwei der Unternehmer haben ausweichend geantwortet, während die anderen keine Antwort gegeben haben, weil ihr Herr-im-Hause-Standpunkt sie zu Verhandlungen mit der Streikleitung nicht herbeiläßt. Daß es bei einigermaßen gutem Willen möglich ist, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, beweist die Firma Sachse & Ko., die einem arbeitswilligen Monteur einen Stundenlohn von 80 Pfg. zahlt, außerdem noch eine Auslösung von 3,50 Mk. Die streikenden Monteure verlangen nur einen Lohn von 65 Pfg. pro Stunde. Die Halsstarrigkeit der Unternehmer bringt es also fertig, die bescheidenen Forderungen der einheimischen Arbeiter abzulehnen und an auswärtige bedeutend mehr zu zahlen. Am Streik sind nur noch zwölf Monteure und sechs Helfer beteiligt. Zeigen sich die Unternehmer auch fernerhin ablehnend, dann werden noch mehr Kollegen abreisen. In einer anonymen Zuschrift versucht ein Arbeitswilliger, der sich selbst als „Prachtanlagenfabrikant" bezeichnet, die Streikenden zu verhöhnen. Die Kollegen kennen ja die Entstehung solcher Pamphlete, deshalb bereitete das Produkt, das allem Anschein nach in dem Hirn eines beteiligten Unternehmers entstanden ist, eine allgemeine Heiterkeit. Solche Angstzeugnisse sind nicht geeignet, die Lage der Unternehmer als günstig erscheinen zu lassen.

Da voraussichtlich der Streik noch längere Zeit dauern dürfte, ersuchen wir die organisierte Arbeiterschaft, uns auf jede Weise zu unterstützen. Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten. Die Firmen Woll sowie Dicker & Werneburg sind außerdem für Kupferschmiede gesperrt.

Die Ortsverwaltung der Kupferschmiede.

* **Monatsbericht der Zentralbibliothek.** Im Monat Juli wurden von 1236 (801) Besuchern an 4 (3) Sonntags- und 9 (8) Werktagsausgabestunden 1573 (1010) Bücher entliehen. Es wurden also 432 Besucher und 463 Entleihungen mehr gezählt als im Juli 1911. Auf die einzelnen Abteilungen verteilen sich die entliehenen Bücher wie folgt: Abteilung A: Partei- und Gewerkschaftsliteratur 72 (57), B: Geschichte, Biographien 106 (43), C: Naturwissenschaften 154 (95), D: Religion, Philosophie 40 (22), E: Romane, Novellen 713 (472), F: Jugendschriften 274 (177), G: Klassiker, Gedichte 20 (10), H: Sammelwerke 166 (123), I: Technik, Gesetze, Verschiedene 28 (11). Die Ziffern in Klammern sind die Zahlen vom Juli 1911.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Zentralbibliothek den Mitgliedern der angeschlossenen Organisationen unentgeltlich zur Verfügung steht. Als Legitimation gilt beim ersten Besuch das Mitgliedsbuch.

* **Streit um die Fensterreklame am Walhallatheater.** Die Hallesche Polizeiverwaltung hatte dem Eigentümer des Walhalltheaters durch Verfügung aufgegeben, vier Fensterreklamen (Glasfenster), die infolge von Durchleuchtung wie Plakate wirkten, zu beseitigen und die Fenster in ihrem früheren Zustande wieder herzustellen. Der Bezirksausschuß gab der vom Eigentümer erhobenen Klage insofern statt, als er entgegen der Verfügung die beiden mittleren Transparente für zulässig erklärte. Das Verkehrsinteresse werde durch sie nicht gefährdet und auch das Ortsstatut über die Verunstaltung des Ortsbildes spreche nicht gegen sie. In letzter Beziehung käme in Betracht, daß es sich um eine Geschäftsgegend handele.

Die Polizeiverwaltung legte Berufung ein und berief sich auf die Verordnung über das öffentliche Anschlagwesen. Danach seien öffentliche Anzeigen auf Straßen und Plätzen nur an den dazu bestimmten Vorrichtungen (zurzeit nur Anschlagsäulen) anzubringen. Besitzern und Mietern könne die Polizei ausnahmsweise die Anbringung von Anzeigen an ihren Räume dann widerruflich gestatten, wenn die Anzeigen lediglich das Interesse der Besitzer oder Mieter beträfen. Die Verordnung sei erlassen im Interesse der Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs und müsse beachtet werden. Sie sei rechtsgültig. Auch käme das Ortsstatut über die Verunstaltung des Ortsbildes in Frage. Da der künstlerische Beirat einige der Reklamen als solche angesehen habe, die verunstaltend wirken könnten, so sei nicht einzusehen, daß die andern beiden anders wirken sollten.

Das Oberverwaltungsgericht hob die Vorentscheidung auf und wies die Klage des Theaterbesitzers gänzlich ab. Es wurde ausgeführt, daß sich das Gericht den Gründen der Polizeiverwaltung anschließe.

* **In Ermangelung anderer Sensationsnachrichten** überrascht die Saalezeitung ihre schläfrigen Leser mit der hochbedeutsamen Meldung, daß das angeblich zirkulierende Gerücht von dem Ankauf der Ostsee Heide — nicht den Tatsachen entspräche. „Wir W. G. so heißt es in der Notiz weiter, erfahren aber an zuständiger Stelle, daß von der Stadt Verhandlungen mit dem preußischen Fiskus zwecks Ankaufs der Heide nach wie vor eifrig gepflogen werden. Die ursprüngliche Forderung des Fiskus betrug bekanntlich 4½ Millionen Mark; inzwischen ist der Fiskus wohl etwas billiger geworden."

* **Dienstag-Konzert im Volkspark.** Morgen Abend findet ein großes Vokal- und Instrumental-Konzert statt. Der Buchdrucker-Gesangverein Gutenberg hat in bekannt bereitwilligster Weise seine Mitwirkung zugesagt und wird die schönsten und bekanntesten Volkslieder von Silcher und Pfeil zum Vortrag bringen. Kapellmeister Engelmann hat gleichfalls für seinen Teil ein gediegenes Programm zusammengestellt, sodaß der Abend in allen Teilen ein genußreicher zu werden verspricht. Sollte die so plötzlich eingetretene kühle Witterung anhalten, so findet das Konzert unter allen Umständen im Großen Saale statt. Da das Programm nur 10 Pfg. kostet, ist ein guter Besuch dieses Abends erwünscht.

* **Konzert in Bad Wittekind.** Das Extra-Konzert, das am Sonnabend zum Benefiz für das Stadttheater-Orchester unter Leitung des neuengagierten ersten Kapellmeisters Karl Ohnesorg und unter Mitwirkung des Kammersängers Franz Schwarz stattfand, muß in allen Teilen als eine Glanzleistung ersten Ranges bezeichnet werden. Die Auswahl des Programms war sorgfältig, klassisch, ja man möchte sagen: zu klassisch für ein Gartenkonzert. Auch in dem für solche Veranstaltungen geeigneten Konzertgarten des Bad Wittekind konnte man die Pianostellen nur in der Nähe des Orchesters vernehmen. Deshalb kam die wunderbar-schöne Humoreske für Streichinstrumente und Schlagzeug „Die verlassene Mühle" — eine eigene Komposition des Kapellmeisters Ohnesorg — nicht so zur Geltung, wie zu wünschen gewesen wäre. Man will nicht bloß das Forte, sondern auch das Piano hören. In einem guten Konzert-Saal muß „Die verlassene Mühle" Wunder bewirken. Daß in einem Künstlerkonzert die Schöpfungen von Wagner, Liszt, Beethoven, Tschaikowsky usw. nicht fehlen dürften, war selbstverständlich. Herr Ohnesorg schwang den Dirigentenstab mit Temperament, aber mit etwas mehr Ruhe als sein Vorgänger. Darunter litt jedoch die „fromme Zucht" nicht. Im Gegenteil, alles was geboten wurde, war dezent und klappte. Daß Herr Kammersänger Schwarz, ein alter Bekannter, in seinem Monolog des Hans Sachs aus den Meistersingern und in Wotans Abschied und Feuerzauber aus der Walküre vom Guten das Beste bot, war vorauszusehen. Sein markantes Organ drang bis an die entlegensten Plätzchen des Gartens. Das Publikum war denn auch nach allen Teilen des Programms hoch befriedigt und spendete begeistert Beifall. — Bedauerlich nur, daß der großen Masse des arbeitenden Volkes von dieser Kunst sehr wenig geboten wird.

* **Abermals eine vermehrte Versalzung des Saalewassers.** Entgegen den Einsprüchen der Städte Halle und Magdeburg und anderer Interessenten — es lagen im ganzen 60 Einsprüche vor — hat das zuständige Gericht in Kamburg die Genehmigung erteilt, eine Chlorkalium-Sulfatfabrik anzulegen und die Endlaugen in die Saale abzuführen. Die Fabrik wird auf 15 000 Doppelzentner Tagesverarbeitung eingerichtet.

* **Ein Opfer seines Berufs.** Beim Fensterputzen verunglückte in der Kl. Klausstraße ein junger Mann. Durch das Abrutschen der Leiter wurde die Scheibe eingedrückt. Der junge Mann fiel in die Glassplitter und erlitt im Gesicht und an den Händen erhebliche Verletzungen.

* **Ein Knabe totgefahren.** Ein drei Jahre alter Knabe wurde in der oberen Gr. Steinstraße von einem Lastwagen überfahren und sofort getötet. Dem Kutscher soll an dem Unfall keine Schuld treffen. Der Knabe soll in das Geschirr hineingelaufen sein.

* **Von der Straße.** Eine Frau wurde in der Prinzenstraße von einem Schulknaben mit einem Rade umgefahren, wobei sie mehrere Verletzungen erlitt und nach Hause gebracht werden mußte. Die Schuld soll den Radfahrer treffen. — Zwei Schulknaben verprügelten sich gegenseitig auf dem Theaterplatz; der eine erlitt eine ziemliche Wunde am Ohr, so daß ihm ein Notverband angelegt werden mußte. — Vier junge noch unermittelte Burschen, anscheinend Studenten, trieben in vergangener Nacht in der Forsterstraße und in der Halberstädter Straße allerhand Unfug, indem sie Schilder und dergleichen abrissen. — Eine Schaufensterscheibe wurde in vergangener Nacht in der Ludwig-Wucherer-Straße von einem noch unbekannten Täter zertrümmert.

* **Handtäschchenräuber.** Ein Hausdiener, der einer Dame in der Bäckerei ein Handtasche mit 150 Mark Inhalt gewaltsam entrissen hatte, wurde in den Pulverweiden von einem Polizeibeamten festgenommen.

### Vereins- und Vergnügungs-Kalender.

* **Das Walhalla-Theater,** in dem jetzt nur noch 4 Tage das soziale Volksstück „Menschenrechte" gegeben wird, hatte gestern in beiden Vorstellungen einen äußerst regen Besuch aufzuweisen. Am Freitag findet die Premiere des englischen Ausstattungsstückes „Zweimal gelebt" statt.

* **Apollo-Theater.** Napoleon Bonaparte oder Vor 100 Jahren brachte dem Apollo-Theater am gestrigen Sonntage ein völlig ausverkauftes Haus. Bemerkt sei noch, daß das Stück bis auf weiteres noch auf dem Repertoire verbleibt.

# Aus der Provinz.

## Wie ist die Ernte?

Wenn man den letzten amtlichen preußischen Saatenstandsbericht oder den jüngsten Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats liest, gewinnt man den Eindruck, daß im vergangenen Monat in Deutschland „tropische Hitze, starke Winde und heftige Niederschläge" zusammengewirkt haben, um den vorher so günstigen Stand der Saaten erheblich zu verschlechtern. Die privaten, in den kleinen Provinzblättern veröffentlichten Berichte aus den ländlichen Bezirken lauten ganz anders. Hat doch selbst die agrarierfreundliche Magdeburgische Zeitung von einer in der Provinz Sachsen noch nie dagewesenen Rekordernte geschrieben, die den Großgrundbesitzern allein für Roggen unzählige Millionen mehr einbringt. Wie reimt sich das mit den offiziellen Saatenstandsberichten zusammen? Um den Widerspruch zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, aus welcher Quelle die erwähnten Berichte stammen. Sowohl die amtlichen preußischen Erhebungen wie der Bericht des Landwirtschaftsrates basieren letzten Endes auf Angaben aus den Kreisen der großen Landwirte. Jeder Landwirt, soweit er Getreide verkauft, ist natürlich an der Preisbewegung am Getreidemarkt stark interessiert. Er weiß ganz genau, daß ein günstig lautender Saatenstandsbericht an den Getreidebörsen eine Ermattung, ein pessimistischer Bericht aber eine Befestigung der Preise herbeiführt. Mithin hat die Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade die Regelung der Preise in der Hand, wenn sie es versteht, die Stimmung der Börse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dazu bietet sich aber mit Hilfe der offiziellen Saatenstandsberichte reichlich Gelegenheit.

Der vorliegende jüngste Bericht zeigt ganz deutlich das Bestreben, etwa auftauchende hochgespannte Erwartungen hinsichtlich der diesjährigen Ernte abzuschwächen. Alle nur erdenklichen nachteiligen Einwirkungen, wie z. B. die große Hitze, der heftige Regen, lebhafte Winde, Unkräuter und Insekten, Pflanzenkrankheiten usw., werden aufgezählt. Man sollte glauben, daß wir einer Hungersnot entgegengehen! Es soll natürlich nicht geleugnet werden, daß irgendwo in Deutschland Schädlinge oder starke Gewittergüsse aufgetreten sind; solche Tatsachen dürfen aber nicht in verallgemeinernder Form wiedergegeben werden. Daß die Landwirte sich zurückhaltend über den Ernteausfall äußern, erscheint verständlich. Noch stehen Getreide-, Mehl- und Brotpreise auf einem ungewöhnlich hohen Niveau. Soll der Landwirt vielleicht ohne Not dazu beitragen, diese Preise zu stürzen? Das kann man nicht erwarten. Wenn man das aber weiß, warum legt man dann den Saatenstandsberichten noch so große Bedeutung bei? Daß die monatlichen Berichte als amtliches Material veröffentlicht und somit offiziell abgestempelt werden, ändert nichts an der Tatsache, daß es sich um eine reine Interessentenstatistik handelt.

Man lasse doch gleichzeitig mit den Landwirten auch einmal die Getreidehändler und vor allem sachkundige Konsumenten über den Stand der Saaten berichten! Das Ergebnis wird ganz verblüffende Widersprüche zeigen. Jeder sieht eben von seinem wirtschaftlichen Standpunkte aus die Sache mit andern Augen an. Schon oft ist der tatsächliche Ernteertrag weit über die Schätzungen hinausgegangen. Sollte es nicht auch diesmal so sein? Hat nicht die Sorge um den hohen Getreidepreis die Berichterstatter ein wenig beeinflußt? Das endgültige Ernteresultat wird ja zeigen, inwieweit die Besorgnis der Landwirte gerechtfertigt war. Bedauerlich ist allerdings, daß dann der größte Teil des Getreides schon in dritter, vierter Hand ist, so daß die Produzenten und Großhändler schon ihr Schäfchen ins Trockne gebracht haben. Die Konsumenten werden jedenfalls von dem guten Ernteertrag nur einen geringen Vorteil haben, denn bekanntlich gehen die Preise im Kleinhandel wesentlich schneller in die Höhe als zurück. Hoffentlich sehen aber auch die Kon-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191208 13-10/fragment/page=0007

sumenten ein, daß sie ein Recht daran haben, erwiesenfrei über den Stand der Saaten informiert zu werden. **Bisher hat man ihnen nur von Amts wegen das Wehgeschrei einiger Landwirte als „offiziellen Bericht" vorgesetzt.**

**Querfurt.** Mord aus Eifersucht. Im benachbarten Göhrendorf hat der Schweizer Frötel auf die Dienstmagd Lina Vollmer aus Eifersucht drei Schüsse abgegeben. Als die Vollmer noch Lebenszeichen von sich gab, bearbeitete er sie anscheinend noch mit einem Schlagring. Er entfloh sodann nach Lüdendorf, wo er in einer Scheune von Gendarmen ergriffen wurde.

**Altranstädt.** Parteiversammlung. In der letzten in Kleinleina abgehaltenen Distriktssitzung gab nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten der Genosse Kreidner einen ausführlichen Bericht vom Kreistag. Zum Bericht der Gemeindevertreter führte Genosse Plato aus, daß über den Anschluß an das Elektrizitätswerk und über die Bauangelegenheit in Großleina bereits gesprochen wurde. Genosse Löche-Altranstädt berichtete, daß der Anschluß an das Elektrizitätswerk genehmigt sei. Wegen des disziplinwidrigen Verhaltens einiger Genossen, die in verbotenen Lokalen verkehrt haben, wurde dem Genossen Otto Hoppe als Hauptbeteiligten und weil er als Zeitungsausträger sich derartige Extrawanzen zu leisten sich erlaubte, eine Rüge erteilt. Sodann beschloß die Versammlung, am 17 August einen Ausflug zu unternehmen, an dem sich hoffentlich alle Genossen mit ihren Angehörigen beteiligen werden. In nächster Zeit soll hier ein Vortrag über die Reichsversicherungsordnung stattfinden. Für die Kinder der Parteimitglieder bereitet der Bildungsausschuß einen Ferienvortrag vor. Eine sehr rege Debatte entspann sich dann über eine andereitige Festsetzung der Parteiversammlung, da diese jetzt mit der Singestunde des Gesangvereins zusammenfällt. Der Vorsitzende verurteilte es aufs schärfste, daß die Parteimitglieder im allgemeinen so wenig Interesse an den Bestrebungen der Partei zeigen, da die Versammlung nur von 18 Genossen besucht war. Es wurde ersucht, fernerhin etwas mehr Interesse zu zeigen.

**Eisleben.** Wo sind die Freunde des Mittelstandes? Wir erhalten folgende Zuschrift: In Ihrem Artikel über die Schädigung der Geschäftsleute und Handwerker durch die Reichstreuen haben Sie vollständig recht, aber einen Zweig des Handelsstandes haben Sie vergessen. Denn unter Ausschaltung der Händler haben die „mittelstandsfreundlichen" Reichstreuen im vorigen Jahre Kartoffeln, tausende von Zentnern, bezogen. Es heißt zwar, die Dummsten haben die besten Kartoffeln. Da letztere aber meist recht wenig getaugt haben, so ist zu schließen, daß man es mit recht geriebenen Machern zu tun gehabt hat. Gab es doch in Eisleben bald einen kleinen Kartoffelkrieg, indem ein gewisser Gernegroß beinahe um sein gut bezahltes Amt kam. So schädigt man von der reichstreuen Seite den Mittelstand, dem während der Wahl Herr Arendt und sein Anhang so viel versprochen hatte. Leider ist das Gedächtnis der Angehörigen des Mittelstandes so kurz, sonst würden sie bei der Wahl nicht immer so unüberlegt handeln.

**Hettstedt.** Der empfindliche Gendarm. Wegen angeblicher Beleidigung des Gendarmen Ernst war der 59jährige Pferdetreiber Stock von Molmeck angeklagt. Auf der Suche nach entwendetem Rehfleisch kam Ernst auch in die Wohnung Stocks. Für den Besuch des Gendarmen hatte aber St. wenig Verständnis, durch seine Frau mußte er erst zur Ruhe ermahnt werden. Darüber wurde der Mann erst recht empört, er rief: „Was ist denn der, der kann mir gar nichts wollen, der kann mich höchstens anzeigen". Vor Gericht erklärte Stock, er sei ein schwer kranker Mann, er wisse oft nicht, was er tue und könne sich auch an den Vorfall nicht erinnern. Wegen dieser Worte verurteilte das Hettstedter Schöffengericht den alten kranken Mann zu einer Geldstrafe von zwanzig Mark. Der Amtsanwalt, Bürgermeister Hopmann, hatte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen beantragt. Der gestrenge Herr Amtsanwalt meinte, daß ein Beamter vor derartigen Beleidigungen geschützt werden müsse. Wenn es also nach dem Willen des Amtsanwaltes gegangen wäre, dann mußte der leicht erregbare Mann wegen seinen nach unserer Meinung keine Beleidigung enthaltenden Worten noch in das Gefängnis wandern.

**Delitzsch.** Stadtverordneten-Sitzung. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung gab der Vorsteher bekannt, daß die regelmäßige Revision der beiden städtischen Kassen stattgefunden hat, wobei alles in bester Ordnung befunden worden ist. — Der Magistrat teilt in einem Schreiben mit, daß die Wählerlisten ausgelegen haben und nunmehr die vorzunehmende Ersatzwahl stattfinden kann. — Für die Wasserwerks-, Volksschul- und Oberrealschulverwaltung werden für 1911 die Mehrausgaben nachbewilligt. Durch Mehreinnahmen der betreffenden Verwaltungen sind die Ueberschreitungen gedeckt. — Den Bericht von dem diesjährigen Städtetag gab der Stadtverordnete Richter. Nach dem Bericht sollen nunmehr auch die Stadtverwaltungen aktiv in die Jugendpflege eingreifen. Die Städte sollen Jugendämter, an deren Spitze ein Lehrer stehen soll, errichten. Wahrscheinlich verfängt der bürgerlich-patriotische Jugendrummel nicht mehr und man versucht es auf einem neuen Wege, die Jugend für den Patriotismus einzufangen. — Für Neuanstrich und Rostentfernung an sämtlichen eisernen Brückengeländern resp. Einfriedigungen bewilligen die Stadtverordneten die Summe von 400 Mark. Sodann wurde verschiedenen Pacht-, sowie Pachtverlängerungs-Gesuchen zugestimmt. Gegen den in letzter Versammlung gefaßten Beschluß, daß zwischen dem Garten des Dr. Schulze und dem Verbindungskanal Lober-Stadtgraben gelegene Trennstück an Dr. Schulze zu verkaufen, erhebt der Magistrat Einsprüche. Es soll erst die Kohltorbrücke fertiggestellt, und die Vorlage in der nächsten Sitzung nochmals durchberaten werden. Aus dem Bericht über das eingegangene Eichamt geht hervor, daß die Eichungs-Inspektion der Provinz Sachsen in Magdeburg das Ersuchen an die Stadtverwaltung gerichtet hat, ihr die Revisions-Ausrüstungsgegenstände unentgeltlich zu überlassen. Die Stadtverordneten waren mit der unentgeltlichen Ueberlassung jedoch nicht einverstanden, sondern beauftragten den Magistrat, die Gegenstände zu verkaufen. — Zu den Kosten von 450 Mark, die für Anpflanzungen auf dem neuen Teil des Friedhofes ausgeworfen waren, werden von dem Kollegium noch 150 Mark nachbewilligt. Ferner werden noch 550 Mark für notwendige Reparaturarbeiten an der Friedhofskapelle von den Stadtverordneten bewilligt. Hierauf fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.

— Unglücksfall oder Selbstmord? Tot aufgefunden wurde im Lober bei Döbernitz eine Frau M. Wie verlautet, ist der Frau geraten worden, gegen eine Krankheit Schwarzwurzel zu verwenden. Beim Suchen dieser Pflanze hat sie anscheinend das Gleichgewicht verloren und sich aus dem an dieser Stelle ziemlich tiefen Wasser nicht retten können.

Ein anderes Gerücht sagt, daß die Frau freiwillig aus dem Leben geschieden sei, da sie schon längere Zeit nervenkrank war.

**Bitterfeld.** Nochmals der Ausstand auf der Deutschen Grube. In der Nr. 171 des Volksblattes vom 25. Juli erschien ein von beteiligter Seite uns zugegangener Bericht, der die Verhältnisse auf der genannten Grube kennzeichnete. Darauf antwortete Herr Kommerzienrat Bauermeister (Besitzer der Grube) in dem Organe der Kohlenbarone, der Bergwerkszeitung, und stellte alles als unwahr hin. Die Löhne sollten selbst bei jugendlichen Arbeitern die Höhe von 30 Pfg. per Stunde erreichen, verschwiegen werden aber die Löhne von 18 Pfg. pro Stunde. Es bekommt aber doch auch kein Arbeiter die Stunde 40 Pfg. im Schichtlohn, es sei denn, daß damit die Aufseher gemeint sind. Dann findet der Schreiber in der Bergwerkszeitung auch eine Entschuldigung für die Arbeiter, welche die Grundkohlen herauswerfen. Es wird da gesagt, daß es solche Arbeiter sind, die zu anderen Arbeiten nicht mehr herangezogen werden können. Da die Betreffenden im Gedinge nicht mehr mitkommen, müssen sie die Stunde für 30 Pfg. die Grundkohle herauswerfen. Diese Arbeit ist aber keineswegs eine Beschäftigung, bei der man sich ausruhen könnte, sondern sie gehört zu den schlechtesten und schwersten Arbeiten in der Grube. Es wird ferner bestritten, daß die Arbeiter bis an die Knöchel im Wasser stehen müßten und behauptet, daß ja gar nicht mehr Wasser da sei, als zum Betriebe gebraucht wird. Wir möchten nur einmal fragen, warum die Arbeiter Wasser schöpfen müssen, auch wenn es nicht geregnet hat und warum die Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben? Wenn Löhne im Durchschnitt von 53 Pfg. pro Stunde gezahlt würden, dann hätten die Arbeiter keinen Grund gehabt, die Arbeit niederzulegen. Es ist uns aber nur zu gut bekannt, wie derartige Durchschnittslöhne ausgerechnet werden. Auch sollen im Juli nur 3 Ueberstunden verfahren sein. Warum werden denn nicht die Ueberstunden vom März bis Juni angegeben? Es ist doch sogar am ersten Pfingstfeiertag gearbeitet worden!

Vor allen Dingen legte aber der Schreiber des Artikels sehr viel Gewicht auf die Wohnungen der Arbeiter. Es wird gesagt, die Hausordnung bestimme, daß die Arbeiter, welche die Arbeit verlassen, noch ganze 14 Tage Zeit haben, die Wohnung zu räumen. Der Hinweis auf den großen Garten und das Kartoffelland, zeigt bei solcher Hausordnung, daß die Bezeichnung „Wohlfahrtseinrichtung" dafür der richtige Ausdruck nicht ist. Diese „Wohlfahrtseinrichtungen" werden für die Arbeiter ein Bleigewicht, denn es ist gar nicht denkbar, daß die Gartenerzeugnisse innerhalb 14 Tagen ohne bedeutende Verluste an den Mann gebracht werden können. Aber abgesehen davon, muß doch vor allen Dingen die Frage erörtert werden, warum man denn solche sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben ruft? Aus reiner Liebe zu den Arbeitern sicher nicht, auch nicht um ihnen ihr Einkommen zu erhöhen, sondern aus anderen Gründen! Solche Einrichtungen sind in dem Zweck geschaffen, dem Arbeiter die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht zu verkümmern. Im letzten Abschnitt wird auf das Fehlen der Lohnbeutel oder -Zettel hingewiesen und gesagt, daß es für die Bergwerke noch keine derartige gesetzliche Bestimmungen gäbe. Wir möchten an dieser Stelle den Herrn Kommerzienrat Bauermeister ersuchen, wenn die erste Notiz im Volksblatt bezl. der Löhne unwahr ist, denn doch sofort Lohnbeutel, Lohnzettel oder Lohnbücher anzuschaffen, um in Zukunft das Gegenteil beweisen zu können.

Aus den letzten Vorkommnissen auf der deutschen Grube sollten die Arbeiter lernen, was sie zu tun haben. Es gilt die Schlagkraft und Geschlossenheit der Organisation, der wichtigsten Waffe der Bergarbeiter, zu fördern und zu stärken. Deshalb schließt euch alle dem Verbande an!

**Wolfen.** Allen unsern Abonnenten und Inserenten zur Nachricht, daß vom heutigen Tage an ein Expeditionswechsel stattfindet. Die Zeitungsexpedition, sowie die gesamte Kolportage hat Herr Alwin Steuer übernommen. Alle Zahlungen, ev. rückständige sowie fernere, sind an Letztgenannten zu entrichten. Der bisherige Expedient, Ernst Richter, ist nicht mehr berechtigt, irgendwelche Zahlungen für das Volksblatt oder die Volksbuchhandlung noch in Empfang zu nehmen.

Der Verlag und die Volksbuchhandlung.

**Wittenberg.** Verlegung der Parteiversammlung. Die am Dienstag, 13. August, fällige Monatsversammlung fällt umständehalber aus und findet nächste Woche statt. Der Tag der Versammlung wird noch besonders bekannt gegeben.

— Wenn Arbeiter in Destillen verkehren. Der Arbeiter Mülow besuchte die Destillation von Bosse in der Kollegienstraße und wurde, als er in den unter den Wirkungen des Alkohols immer heftiger werdenden Diskussionen zu laut wurde, vom Wirt des Lokales verwiesen. M. ging nicht, und als man ihn hinauswerfen wollte, schlug er dem Wirt mit einer Flasche über den Kopf. Natürlich kam es zur Anzeige, und der Arbeiter, der erst sein karges Geld in der Destille vertrank und dann, als er gereizt wurde, unter der Macht des Alkohols die böse Tat beging, wandert auf einen vollen Monat ins Gefängnis; er war zudem wegen ähnlicher Sachen schon vorbestraft. Darum, ihr Arbeiter, meidet den Alkohol, organisiert euch, besucht die Arbeiterlokale, wo ihr über eure Lage ungehindert diskutieren könnt, und deren Wirte es noch immer verstanden haben, derartige Exzesse zu verhüten.

— Bei einer größeren Schlägerei, die auf dem Gute in Zörnigall stattfand, waren zwei Knechte durch Messerstiche schwer verletzt worden. Der Tat verdächtig sind die beiden Polen Paviak und Simon Bach. Es kann ihnen aber nur gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch nachgewiesen werden, und deshalb wurden sie zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Wieviel Aufklärungsarbeit wird hier noch geleistet werden müssen, ehe die Arbeiter begreifen, daß sie ihre freie Zeit nicht dazu benutzen dürfen, sich gegenseitig die Köpfe blutig zu schlagen, sondern in Reih und Glied mit ihren Klassengenossen zu marschieren.

**Klein-Wittenberg.** Bessere Rowdys. Nach einer solennen Kneiperei amüsierten sich die Kaufleute Walter Voigt, Friedrich Strauchmeier und Kurt Eimermann aus Klein-Wittenberg dadurch, daß sie in der Dessauerstraße zehn Laternenscheiben und in der Mittel- und Schloßstraße je eine Schaufensterscheibe zerschlugen. Der Gesamtschaden beträgt 243 Mark. Das gemeingefährliche Treiben der drei kam aber ans Tageslicht, sodaß sie sich vor dem Wittenberger Schöffengericht zu verantworten hatten. Sie entschuldigten sich mit totaler Betrunkenheit. Indes hatte E. an den Rohheiten sich nicht beteiligt und wurde freigesprochen, während V. zu 50 Mk. und St. zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden.

**Piesteritz.** Feuer. Am Sonntag entstand in der Kranachstraße, im Hause des Bäckermeisters Wendt ein Zimmerbrand. Obgleich die Feuerwehr gleich zur Stelle war, wurde doch das Mobilar vom Feuer zerstört. Als Entstehungsursache wird angegeben, daß sich ein junger Mann mit einer brennenden Zigarre in's Bett gelegt haben soll.

**Elsterwerda.** Falsche Lotterielose. In der Umgegend von Elsterwerda treibt ein Schwindler mit falschen Losen sein Unwesen. Alte Lose der 226. Preußischen Klassenlotterie 5. Klasse, von fremden Kollekteuren, die mit einem Gewinne nicht gezogen sind, will der Mann für nur 2,50 Mk. statt 5 Mk. verkaufen. Vorsicht ist bei solchen Gelegenheitskäufen angebracht.

**Hohenleipisch.** Partei-Versammlung. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins konnte besonderer Umstände wegen, am vergangenen Donnerstag nicht stattfinden. Sie wird nunmehr am Donnerstag, den 15. August, bestimmt abgehalten werden. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

# Allerlei.

## Schwere Erdbebenkatastrophe in der Türkei.

Das Erdbeben, von dem wir am Sonnabend aus Konstantinopel, Saloniki und Bukarest kurze Meldungen brachten, hat nach den neuesten Nachrichten in anderen Orten schweren Schaden verursacht. Es stellt sich heraus, daß das Erdbeben, das in Konstantinopel kaum Schaden anrichtete, in seiner Nachbarschaft, sowohl auf asiatischer wie auf europäischer Seite als Katastrophe schwerster Art auftrat. Kapitäne der in Konstantinopel eingetroffenen Schiffe berichten, daß man in den Dardanellen an dreißig Erdstöße verspürt habe. Zwischen Ganos und Chora stand auf eine weite Strecke **die ganze Küste in Flammen.** Die Mannschaften des amerikanischen Dampfers Virginia sahen die Städtchen Chora, Myriophito, Heraclissa, Milia und Krassia brennen! Der Dampfer konnte sich nicht nähern, da das Wasser nahe der Küste kochte. **Gallipoli soll bis auf ein Kaffeehaus vernichtet sein.** Immer neue Schiffe mit Verwundeten kommen in Konstantinopel an. Die meisten sind so verstört, daß sie keinen zusammenhängenden Bericht liefern können. Am Nachmittage verbreitete sich die Nachricht, daß **Rodosto zur Hälfte zerstört** sei. Die Pforte erteilte den Torpedobooten Befehl, sich nach den Unglücksstätten zu begeben. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich zwei neue Erdstöße ereignet. Der erste erfolgte um 11 Uhr 35 Minuten vormittags und versetzte die Bevölkerung in ernste Erregung. Mehrere Beschädigungen waren die Folge des Erdstoßes. Gegen 3 Uhr nachmittags wurde eine neue starke Erdbewegung wahrgenommen, die auf der Insel Prinkipo beträchtliche **Verheerungen** und einen **großen Brand** anrichtete, der noch wütet. Die Läden in Stambul wurden geschlossen. Einige große Häuser mußten verlassen werden. Nach einem Telegramm des griechischen Konsuls aus Tschanakkalesi im Dardanellenbezirk ist das ganze Konsulat zerstört, **sieben Dörfer sind zum Teil vernichtet.** Im Wilajet sind besonders beträchtliche Menschenverluste und riesiger Sachschaden zu beklagen. Bisher zählt man siebzig bis achtzig Tote.

Einer neueren Meldung nach sollen sogar **über 300 Personen umgekommen** sein. Aus einzelnen Gegenden kommen entsetzliche Berichte. Auch die Schiffahrt scheint stark gelitten zu haben, eine ganze Anzahl Boote sollen durch das gleichzeitige Seebeben zugrunde gegangen sein.

### Fortdauer der Erdbeben.

Konstantinopel, 11. August. Die Erdstöße dauern ununterbrochen fort. Die einlaufenden Meldungen bezeichnen die Folgen des Erdbebens als geradezu katastrophale.

Konstantinopel, 12. August. Die jüngsten Nachrichten über das Erdbeben beziffern die Opfer auf 1000 Tote und 600 Verwundete. Infolge der Masse von Verletzten, die auf Schiffen hierher gebracht wurden, macht der Galathee-Kai den Eindruck eines stiegenden Lazaretts. 15000 Personen sind obdachlos.

### Drei Marinesoldaten lebendig verbrüht.

Auf dem im Hafen zu Pola verankert liegenden Torpedoboot Gaea darst ein Stahlrohr. Drei Maschinistenmaate hatten keine Gelegenheit mehr, ihr Leben in Sicherheit zu bringen. Durch den Dampf erlitten sie schwere Brandwunden und wurden dann alle drei als Leichen aufgefunden.

### Ein Todesurteil gegen einen Jugendlichen.

Das Pariser Schwurgericht verurteilte den 17 Jahre alten Boucher, der seine Tante ermordet hatte, um sie zu berauben, zum Tode. — Damit hat die staatliche Unkultur wieder zwei Menschenleben auf dem Gewissen.

### Gefährliche Ballonfahrten.

Als gestern in Gelsenkirchen der 15. und in Essen der 19. Ballon zur Freiballonwettfahrt des Niederrheinischen Vereins hochgestiegen waren, setzte plötzlich eine derartige Böe ein, daß der Ballon Hannover den Haltemannschaften entrissen wurde. Infolge der Böe mußten die übrigen Ballons aufgerissen werden. Von den gestarteten Ballons ist bisher die Landung von 15 gemeldet, die alle unter Schneestürmen zu leiden hatten. Der Ballon Hannover landete mit seinen Insassen nach zweistündiger Fahrt bei Hannover.

### Mit dem Flugapparat ins Meer gestürzt.

Der Flieger Beaumont (Schiffsleutnant Conneau), der auf seinem Hydroplan von Paris nach London fliegen wollte, hatte Sonnabend nachmittag kaum hundert Meter über dem Aermelkanal zurückgelegt, als seine Maschine umschlug und mit ihm ins Meer stürzte. Ein Motorboot rettete den Flieger, der unverehrt geblieben ist.

### Ueberlandflug von Spanien nach England.

Pariser Blättern zufolge beabsichtigt der Flieger Vedrines, sobald die Witterungsverhältnisse es gestatten, den Versuch zu machen, von der spanischen Grenze über Paris nach London zu fliegen, um den Preis zu erlangen, der für den größten Ueberlandflug ausgesetzt ist.

**Kleines Allerlei.** Brennende Petroleumreservoirs. Seit zwei Tagen stehen in Moreni bei Plojesti fünf große Petroleumsonden in Flammen. Bisher sind 5 Personen verunglückt. Der Schaden ist sehr bedeutend. — Brückeneinsturz. Wie aus Jaroslaw berichtet wird, ist der Bogen einer neuen Brücke eingestürzt. Zwei Personen wurden hierbei getötet, mehrere schwer verletzt. — Freilassung von Apachenfreunden. Der Untersuchungsrichter verfügte die Freilassung mehrerer Personen, die im Zusammenhang mit der Affäre der Apachen Bonnot und Garnier verhaftet worden waren. Sie waren beschuldigt, die Mitglieder der Apachenbande beherbergt zu haben. — Verhafteter Schwindler. Auf Veranlassung eines Goldwarenhändlers wurde in London ein Deutscher namens Bücking verhaftet. Er hatte sich mit Hilfe zweier Komplizen Schmuckschachen im Werte von 250000 Fr. ausliefern lassen und war dann ohne zu bezahlen, verschwunden. Während es seinen beiden Komplizen gelang zu entkommen, wurde Bücking verhaftet. Er erklärt, die Goldsachen übernommen zu haben mit der Absicht, dieselben zu bezahlen. Er sei auch gern bereit, jetzt noch die Sachen einzulösen, falls man mit ihm nach Frankfurt fahre, wo er reiche Eltern habe.

*

### Eine Unterockrevolution in Ostafrika.

Dem Daily Telegraph berichtet man aus Lissabon: Die Stadt Inhambane, Bezirkshauptstadt der Provinz Mozambique an der Küste von Portugiesisch-Ostafrika, befindet sich in heller Empörung gegen ein Dekret des Gouverneurs, der allen eingeborenen Frauen kund und zu wissen tat, daß sie fortan einen Rock zu tragen hätten. Zuerst empörten sich die indischen Händlerinnen, die ganze Haufen von Schals und anderen Tüchern, wie sie bis jetzt die Frauenmode von Inhambane darstellten, auf Lager haben und durch den Ukas des Gouverneurs ihren ganzen Handel ruiniert sahen. Zum Zeichen des Protestes schlossen sie ohne weiteres ihre Läden. Dann ließen die vielen Landfrauen, die sich jeden Morgen nach der Stadt zu begeben pflegen, um Eier und Gemüse zu verkaufen, dem Gouverneur mitteilen, daß sie, wenn das Dekret nicht zurückgenommen werden sollte, die Stadt aushungern und keine Eier und Milch mehr bringen würden; sie hielten die Kleiderverordnung des banausischen Europäers geradezu für einen Verstoß gegen Moral und Aesthetik und für einen blutigen Schimpf, der ihrer Frauenehre angetan würde. Schließlich drohten Tausende von Frauen, die in der Stadt und in der Umgegend wohnen, in Massen auszuwandern und sich einen Wohnsitz zu suchen, an welchem Frauenröcke als etwas durchaus Ueberflüssiges betrachtet werden. Die Opposition gegen die neue Mode gestaltete sich so bedrohlich, daß der Gouverneur seine Verfügung vorläufig zurückgenommen hat. Der drollige Vorfall hat in kolonialen Kreisen große Heiterkeit hervorgerufen.

# Briefkasten der Redaktion.

**Kündigung.** Wenn nichts vereinbart ist oder die Arbeitsordnung enthält über die Kündigung keine Bestimmungen, dann sind Sie im Rechte.


# Unsere Filial-Expeditionen,

in denen Inserate und Abonnements-Bestellungen zu Originalpreisen entgegengenommen werden, sind:

| | | |
|---|---|---|
| **A. Albrecht,** Zigarrenhandlung, | | **Lindenstr. 54,** |
| **E. Bendlin,** | do. | **Torstr. 43,** |
| **J. Schneider,** | do. | **Besenerstr. 23,** |
| **J. Sanow,** | do. | **Geiststr. 5,** |
| **Paul Leuschner,** | do. | **Mittelwache 9,** |
| **E. Jungmann,** | do. | **Pfännerhöhe 33.** |
| **E. Gerig,** Materialwarenhandlung, | | **Triftstr. 28,** |

**Haupt-Expedition, Harz 42/43.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120813-10/fragment/page=0008